

Grüner Rundbrief Mai 06



Rundbrief für Mitglieder und FreundInnen des Kreisverbandes Ettlingen von Bündnis 90 / Die GRÜNEN

www.76275ettlingen.de

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Hauptversammlung Ende März hat uns einen neuen Vorstand inkl. zwei neuen Vorstandsvorsitzende gebracht. Der neue Vorstand will sich in dieser Ausgabe mit Hilfe eines Interviews vorstellen. Auf der folgenden Seite könnt ihr lesen wie das „Kennenlern-Gespräch“, das wir abgehört haben, verlaufen ist. Wir freuen uns, dass wir weiterhin engagierte Leute im Vorstand begrüßen können. Ihr bekommt auch noch mal die Satzung plus den Satzungsänderungen, damit ihr alles habt was ihr braucht ☺
Anette

KMV Termine und sonstige:

13.06. 20 Uhr KMV in Malsch, Einladung siehe rechts oben

01.07. Regionalkonferenz im Kursaal in Bad Cannstatt zum Thema Vorbereitung Zukunftskongress (dieser findet vom 1.-3. September 2006 in Berlin statt, www.gruenerzukunftskongress.de) näheres siehe weiter hinten

22.07. Präsidiumsschulung, Samstag von 10.30 Uhr bis 15.30 Uhr im Sitzungsraum der Landesgeschäftsstelle, Forststr. 93, 70176 Stuttgart.

27.07. 20 Uhr KMV in Ettlingen, „Fürstenberg“, mit Gerhard Schick

VORAUSSCHAU 2006

01./03.09.06	Grüner Zukunftskongress in Berlin
21.09.06	KMV in Rheinstetten-Forchheim, Waldschänke – Wahl der Delegierten zur BDK
11./12.11.06	LDK in Bad Krozingen (Delegiert sind Dietlinde Bader und Jörg Rupp)
23.11.06	KMV in Reichenbach, Gasthaus „Sonne“
01.12.06	KMV in Reichenbach, Gasthaus Sonne
14.12.06	KMV in Ettlingen, Drei Mohren – Weihnachtsfeier

Liebe Mitglieder, bitte versteht diesen Rundbrief als absolute Ausnahme – 20 Seiten hatten wir noch nie! Das nächste mal wird er „abgespeckt“ werden und nur noch gekürzte Beiträge angenommen und außerdem solche, die den KV betreffen. Wir werden darüber diskutieren und ich werde dazu einen Antrag einbringen! So geht es meiner Ansicht nach nicht!
Dietlinde Bader-Glückner

EINLADUNG

Bitte beachten:
Der 13.06. ist kein Donnerstag, sondern ein Dienstag!

**Kreismitgliederversammlung am 13.06.2006 um 20:00 Uhr in Malsch, Alter Bahnhof
19:00 Uhr Vorstandssitzung**

TOP

- Alexander Bonde (MdB) berichtet aus Berlin und gibt Anregungen zum Zukunftskongress
- Anregungen und Vorschläge zur Regionalkonferenz
- Haushaltsplan 2006
- Anträge
- Bericht LAG-Frauen
- Verschiedenes

EINLADUNG

LAG Ökologie vom 20.05.2006 um 14 Uhr in Stuttgart im Fraktionssaal von B90/Die Grünen

TOP

- Wahlen
- Bericht aus dem Bundestag
- Vorstellung der Ökostromkampagne des KV Esslingen
- Mobilfunk
- Landwirtschaft: Mal ein GRÜNES "Bauernfrühstück" organisieren
- aktueller Stand: Genmais
- Hühnerfolter: Das Käfig-Hin-und-Her
- Berichte, Sonstiges

Unser neuer Vorstand!

Von links nach rechts

Ute Drechsel
Michael Körner
Dietlinde Bader-Glückner
Uwe Flüß
Gisela Holzwarth



„Abgehört“

Didi: Michael, du bist bei der letzten KMV gewählt worden, welche, beispielsweise politischen Anforderungen stellst du an dich selbst als Sprecher, gewählt zu sein?

Michael: Ich sehe meine Rolle darin, nach Spannungen integrativ zu wirken. Hm, politische Anforderungen? Dass wir als Kreisverband keine Kirchturmpolitik betreiben, sondern Landes- und Bundespolitik mitgestalten. Durch die Mitkandidaten war ich motiviert zu kandidieren, ich kann mir eine gute Zusammenarbeit vorstellen. Ich sehe es als echte Herausforderung vor dem Ruhestand (Sabatjahr).

Michael: Uwe, ich habe mich über deine Kandidatur als Beisitzer gefreut, wie siehst du deine Zukunft im Vorstand?

Uwe: Ich will die Schnittstelle zwischen dem Kreis- und dem Stadtverband Ettlingen sein und Ideen und Informationen transportieren.

Michael: Wo würdest du dich innerparteilich verorten?

Uwe: Mich interessieren besonders meine Schwerpunktbereiche Umwelt-, Energie- und Jugendpolitik. Ich will natürlich auch andere Interessen wahren. Das Schema rechts-links gefällt mir nicht. Es gibt Leute, die mich links einschätzen, das bringt mich zum schmunzeln.

Uwe: Didi, was hat dich dazu bewogen, erneut für den Vorstand und für den Vorsitz zu kandidieren?

Didi: Die politische Arbeit im Vorstand war fast zum Erliegen gekommen, es waren zu viele Formalitäten wie z.B. Satzungsänderungen und Geldverteilungsfragen zu erledigen, was aber nicht die Schuld des vorherigen Vorstands war, sondern das Bestreben des Stadtverbands Ettlingen, selbst seine ihm zustehenden Gelder verwalten zu wollen. Nun möchte ich mich auf die wirklich wichtigen politischen Themen konzentrieren. Die Erfahrung als Vorsitzende in meinem Ortsverband hat mir gezeigt, dass ich integrativ wirken kann.

Didi: Ute, was sind deine Motive?

Ute: Der KV hat im letzten Jahr in mich investiert, ich habe am Nachwuchsförderprogramm des Landesverbands teilgenommen, viel über die Strukturen und Funktionen im Land und vor Ort erfahren und gelernt. Nun will ich mich dort einsetzen, wo ich meiner Meinung nach viel einbringen kann.

Michael: Ute, fühlst du dich eher der grünen Jugend verbunden oder den Älteren in der Partei? Du bist die Jüngste im Vorstand.

Ute: Nein, für die grüne Jugend bin ich zu alt, das könnten teilweise schon meine Kinder sein. Ich werde in wenigen Tagen 38. Ich habe das Gefühl, so ein bisschen dazwischen zu stehen, nicht jung und nicht alt, aber hoffentlich erwachsen.

Ute: Gisela, wie geht es dir nach einiger Zeit mit deinem Amt als Kassiererin? Hat sich eine gewisse Routine eingespielt?

Gisela: Es fiel mir nicht schwer mich einzuarbeiten, es hat mir Spaß gemacht. Die Übernahme der Kasse war problemlos, umfangreicher war die zu erstellende Finanzplanung.

Ute: Gisela, welche Ziele hast du neben deiner Tätigkeit als Kassiererin, worin siehst du deine Aufgaben?

Gisela: Zunächst einmal möchte ich die Finanzen so verwalten, dass sie eine fundierte Grundlage für die inhaltlichen Aufgaben bieten. Das heißt, dass wir unsere Finanzen konsolidieren und auch mittel- und langfristig planen müssen. Es gilt jetzt, die Atempause zwischen den Wahlen vorbereitend zu nutzen. Mir geht es darüber hinaus darum, eine lebendige Zusammenarbeit der Mitglieder unseres Kreisverbands zu pflegen. Eine gut funktionierende Kommunikation ist mir sehr wichtig. Deshalb möchte ich auch beim Rundbrief mitarbeiten.

Michael: Gisela, seit wann bist du bei den Grünen?

Gisela: Ich war immer eine Grünwählerin und habe die grüne Politik unterstützt. Durch mein Berufsleben als Lehrerin war ich jedoch voll ausgefüllt und konnte oder wollte mich ich nicht zusätzlich - außer bei der GEW- politisch engagieren. Erst seit meiner Pensionierung ist das möglich. Mitglied bin ich seit 1. Mai 2004.

Gisela: Michael, wie war denn dein Werdegang in der Partei?

Michael: Nach der Studentenrevolution war ich politisch heimatlos. Die Säule sozial hat mir bei den Grünen am besten gefallen, ich bin dann so 82/83 beigetreten. Ich war aktiv im KV Karlsruhe, bis ich '99 nach Rheinstetten gezogen bin.

Michael: Also Uwe; Wo? Wann? Wie? Warum? Bei den Grünen.

Uwe: Ich bin seit 1997 bei den Grünen. Gründe, ja es ging mir um die Jugendpolitik, speziell um die sozial benachteiligten Jugendlichen. Die werden immer nur gebrandmarkt, aber nicht unterstützt. Nur die stromlinienförmigen, problemlosen Schüler sind erwünscht. Mein Grund war damals ein konkreter, ich hatte ein konkretes Anliegen, die anderen Parteien, bei denen ich mich erkundigt habe, erzählten nur dummes Zeug. So kam ich damals zu den Landauer Grünen.

Uwe: Didi, erzähl doch mal, wie war das bei dir?

Didi: Bei mir ist das ziemlich geradlinig gelaufen. Schon in meiner Studentenzeit war ich politisch aktiv, habe dann später grün gewählt, war beim BUND engagiert. Nach Tschernobyl habe ich in Remchingen eine grüne Ortsgruppe und eine BUND Ortsgruppe gegründet. Damit habe ich auch nach einer Kinderpause „meinen Kopf gefüttert“. Nach dem Umzug nach Karlsbad- Ittersbach habe ich mich erst auf meine berufliche Selbstständigkeit konzentriert, bin dann 93/94 zum Ortsverband Karlsbad Waldbronn Marxzell gestoßen, habe dort die Pressearbeit übernommen und bin seitdem aktiv dabei. Die Grünen waren schon zu Beginn ihrer Existenz meine Heimat, ich sehe mich eher im linken Spektrum, es geht mir um die sozial Benachteiligten und um die ökologischen Aspekte. Mich hat die Vernachlässigung der Umweltpolitik der großen Parteien geärgert und es war mir wichtig, mich darum zu kümmern, dass meine Kinder eine lebenswerte Zukunft haben.

Didi: Wo, wann, wie und warum- wie kamst du zur Partei, Ute?

Ute: Ich habe an der PH Politik im Nebenfach studiert und mir die Parteiprogramme der bedeutenden Parteien schicken lassen. Das Internet war neu und es war so einfach.

Zu der Zeit, Ende zwanzig, hatte ich auch das Bedürfnis, Farbe zu bekennen, wenn ich schon nicht evangelisch oder katholisch bin.

Also habe ich, um mir sicher zu sein, die Parteiprogramme nach mir damals und immer noch wichtigen Themen durchsucht:

Frauenpolitik, Familienpolitik, Behindertenpolitik. Ich habe festgestellt, dass ich beruhigt in die Partei eintreten kann, der ich vorher schon meine Stimme gab. Ich war kurze Zeit in Karlsruhe aktiv, bin dann 1998 nach Rheinstetten gezogen, war mit zwei Kindern aber voll ausgelastet. Als mein drittes Kind aus dem Säuglingsalter war, bin ich anlässlich der Kommunalwahl 2004 wieder aktiv geworden.

Wir freuen uns über das gute Wahlergebnis von unserem Landtagskandidaten Uwe Fließ. Er war mit Engagement und tollem Einsatz bei der Sache. Wir bedanken uns recht herzlich bei ihm und er will sich natürlich auch bedanken ☺:

Ich bedanke mich bei Ihnen, bei Dir, bei Allen für das gute Wahlergebnis in Ettlingen (9,4%), im Wahlkreis (9,5%) und im Land (11,7%). Ich bedanke mich bei allen Helfern im Hintergrund ohne die so was nicht möglich ist. Selbstverständlich gratuliere ich Herrn Raab zum Gewinn.

Uwe K. Fließ

Auch der Landesvorstand und unser Fraktionsvorsitzender im Landtag bedanken sich:

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach unserem furiosen Wahlkampffinale können wir jetzt auf ein sehr gutes Wahlergebnis von landesweit 11,7 % stolz sein. Wir haben in allen Wahlkreisen zugelegt - im besten Fall sogar 8,6 %. Unsere neue Landtagsfraktion ist deutlich stärker geworden, hat sich beinahe verdoppelt und besteht aus 17 Abgeordneten:

1. Theresia Bauer (Heidelberg)
2. Winfried Kretschmann (Nürtingen)
3. Siegfried Lehmann (Konstanz)
4. Brigitte Lösch (Stuttgart I)
5. Oswald Metzger (Biberach)
6. Bärl Mielich (Breisgau)
7. Dr. Bernd Murschel (Leonberg)
8. Thomas Oelmayer (Ulm)
9. Boris Palmer (Tübingen)
10. Reinhold Pix (Freiburg I)
11. Renate Rastätter (Karlsruhe II)
12. Hans-Ulrich Sckerl (Weinheim)
13. Edith Sitzmann (Freiburg II)
14. Dr. Gisela Splett (Karlsruhe I)
15. Franz Untersteller (Bietigheim-Bissingen)
16. Jürgen Walter (Ludwigsburg)
17. Werner Wölfl (Stuttgart II)

An dieser Stelle gebührt unser großer Dank allen Landtagskandidatinnen und -kandidaten und ihren WahlkämpferInnen. Das riesige Engagement und die Phantasie eines großartigen Wahlkampfes im ganzen Land sind von den WählerInnen honoriert worden. Wir wissen, dass viele von Euch unter schwierigsten Umständen, auch ohne Aussicht auf ein Mandat, bis in die letzten Stunden gekämpft haben. Wir wissen auch, dass einige, denen es knapp nicht gereicht hat, jetzt sehr enttäuscht sind. Wir bitten alle, zu bedenken, dass ihr großartiger Einsatz zu diesem glänzenden Ergebnis beigetragen hat.

Mit grünen Grüßen

Petra Selg
Andreas Braun
Winfried Kretschmann

Regionalkonferenz „Grüner Blick nach vorn“ am 1.07.2006 in Bad Cannstatt Artikel Didi

In Vorbereitung auf den Zukunftskongress des Bundesverbandes, der vom 1.-3.9.2006 in Berlin stattfindet, veranstaltet der Landesverband am Samstag, 1.7.2006 von 10.30 Uhr bis 17.00 Uhr in Stuttgart eine Regionalkonferenz.

Die Regionalkonferenz zur Vorbereitung dieses Kongresses steht unter dem Thema: **„Die Zukunft des staatlichen Handelns“**: Wie viel und welchen Staat braucht das Land – mehr oder weniger? Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland schwanken zwischen „Staatsvergottung“ und Staatsverspottung, halten vom Staat oder besser von der Politik und den Parteien immer weniger, was die dramatisch sinkende Wahlbeteiligung auch hier in Baden-Württemberg bei der Landtagswahl im März gezeigt hat. Eine Partei ist jedoch ein Teil der Gesellschaft, deshalb interessiert ihr Verhältnis zum Staat ganz besonders. Wie stehen wir als Bündnis 90/Die Grünen dazu? Sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nur Worthülsen? Was heißt Solidarität und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert, und wer soll wie viel dafür bezahlen? Was muss Sache des Marktes oder der Zivilgesellschaft sein und was nicht? Wie muss Staat geschaffen sein, der gesellschaftliche Teilhabe, Solidarität und Chancengerechtigkeit gewährleistet? Deregulierung und Privatisierung: Kann Markt wirklich alles besser regeln?

Es geht darum, die Ausrichtung unserer Partei nach den hinter uns liegenden Wahlkämpfen und nach der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene aktiv mit zu gestalten – damit die grüne Zukunftsvision breit getragen wird. Die Antwort kann und wird kein unsicherer Kurs sein, sondern eine Bilanz mit einer Vision im Ergebnis, eine Chance für eine starke grüne Zukunft. Nicht nur grüne Promis sollen hierzu ihre Gedanken formulieren – insbesondere Ihr, liebe Freundinnen und Freunde, seid herzlich eingeladen, an der Konferenz und der inhaltlichen Debatte um unsere Zukunft als Grüne in Baden-Württemberg und um unser Engagement in der Frage nach der Zukunft des Staates teilzunehmen.

Dazu möchten wir Euch, liebe Freundinnen und Freunde zur Debatte auf der nächsten KMV einladen.

Antrag 1) von Jörg Rupp für die KMV am 13.06.2006:

Der Kreisvorstand wird aufgefordert, zusammen mit den grünen Gemeinderäten in Ettlingen, Waldbronn und Karlsbad den Gemeinden den Vorschlag zu unterbreiten, an der Pforzheimer Straße, Ettlingen (siehe Bild) sowie am Seehof Ettlingen Park & Ride-Parkplätze sowie Bedarfshaltestellen der S-Bahn-Linien S1 und S11 einzurichten. Die Linie bis Ettlingen ist statt wie bisher nur bis zum Albgau bis zum Bahnhof Busenbach weiterzuführen, um den 10-Minuten-Takt zu gewährleisten.

Begründung:

In Ettlingen wird demnächst an der Kreuzung Schillerstraße, Karlsruher Straße und Pforzheimer Straße ein Kreisverkehr eingerichtet. Parallel dazu wird der Tunnel saniert. Es gibt bislang kein schlüssiges Verkehrskonzept, wie die Blechlawinen aus und ins Albtal gemeistert werden soll. Gleichzeitig stellt sich die Situation jetzt schon im Berufsverkehr so dar, dass es immer wieder Staus bis in den Tunnel hinein gibt. Verkehrsflusserhöhende Straßenbaumaßnahmen führen immer dazu, dass Verkehr angezogen wird - der Ettlinger Tunnel oder die Südtangente in Karlsruhe sind Belege dafür. Langfristig ist es aber sicher im Interesse der Bürger, ein schlüssiges ergänzendes Konzept zum Auto zu haben und auch die Möglichkeit, das Auto sicher abzustellen und in den ÖPNV umzusteigen und zeitnah weiter zu kommen. Darüber hinaus ist es sicher im Interesse Ettlingens, wenn die Pforzheimer Straße, aus der der Albtäler Wind weht, mit weniger Luftschadstoffen belastet wird. Aus dem Stadtverband Ettlingen kam zur Problematik Pforzheimer Straße trotz der bekannten Situation seit November 2005 kein Vorschlag, wie per ÖPNV mit der Situation umgegangen werden kann. Die GRÜNEN im KV und den Räten können sich hier verkehrspolitisch profilieren.

Lage der Bedarfshaltestelle:**Antrag 2) von Jörg Rupp für die KMV am 13.06.2006:**

Der Kreisvorstand wird aufgefordert, zusammen mit den Fraktionen in den Räten geeignete Initiativen zur Ausgestaltung der U2 (1)-Kinderbetreuung in den Gemeinden im KV Gebiet zu ergreifen. Der Kreisvorstand und die Fraktionen berichten bis spätestens nach der Sommerpause über die ergriffenen Maßnahmen, Anträge usw. Gleichzeitig soll das Ziel sein, die bisher vorhandenen Betreuungsplätze auszubauen und stark zu verbilligen bzw. gestaffelt nach Einkommen kostenlos bis hin zu geringen Beiträgen anzubieten sowie vorhandene private Initiativen in derselben Höhe zu unterstützen wie die kirchlicher und städtischer Träger. Darüber hinaus sollen die Gemeinden über die Gremien, denen sie angehören - wie bspw. der Städtetag - Initiativen ergreifen, die als Ziel die flächendeckende, kostenlose Betreuung von Kindern ab 6 Monaten gewährleistet. Gleiches gilt für den Landkreis.

Begründung:

Nach Beschluss der großen Koalition in Berlin wird ab 2007 das Elterngeld installiert und das Erziehungsgeld, das bislang 24 Monate bezahlt wurde, ersatzlos gestrichen. Das bedeutet für die betroffenen Eltern, dass sie zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes dringend auf eine adäquate Betreuung angewiesen sind. Das Elterngeld für 185.000 Klein-Einzelverdiener-Haushalte und 155.000 Kleinverdiener-Haushalte im Bundesgebiet, dass sie im zweiten Jahr statt Erziehungsgeld nichts bekämen. Während das Elterngeld nur bis zu 14 Monate gezahlt werde, könnten einkommensschwache Familien das bisherige Erziehungsgeld bis zu zwei Jahre beziehen. Einbußen in Höhe von 300 Euro pro Monat für ein Jahr seien für viele Hartz-IV-Empfänger damit die Folge. Ohne eine Aussicht auf eine - am besten - für die Eltern kostenlose Betreuung haben diese auch keine Aussicht auf eine Jobzusage.

Protokoll der KMV von Bündnis 90/die Grünen um 20 Uhr im "Drei Mohren", in Ettlingen am 19.1.06

Gisela Holzwarth ist entschuldigt. Die Kreismitgliederversammlung leitet Dietlinde Bader
Marcel Liebig wird als neues Mitglied (77) begrüßt.

1. Beitrags- und Kassenordnung (Antrag zur Beschlußfassung)

Der Antrag liegt seit Nov. 05 vor und der HH-Plan wurde mit Gisela auf der letzten KMV durchgesprochen. Grundsätzlich ist wenig Geld vorhanden!

Erläuterung zu § 1

Bei Härtefällen ist ein schriftlicher Antrag beim Kreisvorstand zu stellen, der an die Kassiererin weitergeleitet wird.

Zu § 3 a)

Diskussion welche finanziellen Mittel für die Ortsverbände zur Verfügung stehen sollten bzw. über Ein- und Ausgaben von Ortskassen und von welchem Betrag der Kreiskasse ausgegangen werden kann.

a) Antrag vom OV Ettlingen:

Die Aufteilung der Gelder in Orts- und Kreiszuständigkeit in 50/ 50 % mit Wahlkämpfen, außer dem Kommunalwahlkampf. In den anderen Jahren kommt die 30/70% Regelung zum tragen..

Änderungsantrag vom OV Ettlingen:

Neuformulierung in 50 / 50%

5 Ja- Stimmen,,7 Nein – Stimmen,1 Enthaltung

b) Vorschlag des KV KA - Land - Süd nach Versuch Urantrag zu halten:

Dieses Jahr die 50%/50% Regelung zu nehmen und die Aufteilung der Gelder in Zuständigkeiten OV/KV werden jedes Jahr neu festgelegt. Die Neuformulierung ist Arbeitsauftrag

Änderungsantrag vom KV

8 Ja – Stimmen, 5 Nein – Stimmen,1 Enthaltung

Die Punkte § 2, § 3b), und §4 sind akzeptiert worden.

2. Finanzplan 2006 wegen der neuen Aufteilung der Gelder auf die nächste KMV vertagt.

3. Satzungsänderung

.Zu § 6, 1:7 Mitglieder

9 Ja – Stimmen, 2 Nein – Stimmen,1 Enthaltung

Zu § 13: ...Transparenzgebot

Dieser Passus fällt ganz raus

6 Ja – Stimmen, 4 Nein – Stimmen,2 Enthaltungen

Zu § 10: ...Delegierte

Einstimmig, 12 Ja - Stimmen

KV-Sitzungen tagen öffentlich. Das kommt in den Rundbrief

4. Wahlkampf, Termine und Planungen

Boris Palmer OV Rheinstetten kommt am 10.3.06, 20Uhr ins "Rösselsbrünle"

Gerhard Schick 9.2.06 ?

11.2.06 in Ettlingen 1. Grüner Stand bei Quickschuh und

18.2., 4.3., 11.3., 18.3., 25.3., immer von 10 - 13 Uhr.

Heide Rühle angefragt

Cohn - Bendit, es ist schwierig ihn zu erreichen, es wird aber weiter versucht.

Trittin kommt nach KA

Die Wahlkampfzeitung besteht aus 4 Seiten. Es werden evtl. 10.000 Stück bestellt.

Flyer über Bildung, Senioren, Familie, Atomkraft, Einwanderer, Flughafen Lahr erstellen

Vom Regionalbüro organisiert: C. Roth für KA-Land, Trittin für Baden-Baden, Hiltrud Breyer noch keine Antwort, vom BUND-Forum über Gen - Technik in KA

Dr. Sommer, Ettlingen (Wirtschaftsthemen) zu späterem Zeitpunkt noch mal anfragen

Wie präsentieren wir unseren Kandidaten, wo sind seine Stärken, welche Themen kommen in Frage?

5. Berichte der OV's fällt aus

6. Der Afghanistan-Antrag ist 3 Jahre alt.

Er wird nicht auf die TO an der BDK dieses Jahr kommen. Es könnte nur ein Änderungsantrag für die TOP gestellt werden, der aber kaum eine Chance hat durchzukommen. Trittin und Nachweh fliegen nach Afghanistan und wollen dann berichten. Peter Krantz-Schneider und Jörg Rupp wollen beim Landesvorstand noch fragen, wer außer Sylvia Kotting-Uhl noch mit uns hinter dem Antrag steht.

7. Verschiedenes entfällt.

Ende 22.30 Uhr

Gez.L.Klinke

Protokoll der KMV von Bündnis 90/Die Grünen am 16.2.06, in der "Krone" in Reichenbach um 20.30 Uhr

Anwesend sind: 10 Mitglieder

Der Vorsitzende Jörg Rupp eröffnet die Sitzung.

TOP.1. Haushaltsverteilung/Budgetierung

2. Delegiertenwahl
3. Satzungsänderung
4. OV/Wahlkampf Uwe Flüß
5. Allg. pol. Debatte
6. Termine
7. Verschiedenes

1. **Die 3 Modelle zur Budgetierung** der OV's werden von den jeweiligen Erstellern vorgestellt und diskutiert, wobei der KV das Modell 3 von Peter Krantz-Schneider zur Abstimmung vorschlägt.
Ettlingen hat bereits mehr ausgegeben als es im Budget zur Verfügung hat. Jetzt steht kein Geld mehr für sie zur Verfügung. Der KV zahlt **einmalig** die Überschusskosten. Es müssen erst einmal mit der 50%/50% Lösung Erfahrungen gesammelt werden, ob sie funktioniert oder in die Handlungsunfähigkeit führt. Welche originären Fixkosten auf den KV zukommen steht noch nicht fest, aber mit Schwierigkeiten ist zu rechnen.
Früher hat die Fraktion die Hälfte der Kosten für den Neujahrsempfang übernommen und die Räumlichkeit war von der Stadt kostenfrei überlassen worden. Uwe Flüß steht mit den Wahlkampfkosten jetzt schon an der Grenze der Ausgaben von 2.800 Euro. Da noch unklar ist welche Reste zur Verfügung stehen, wird erst im Jahr danach abgerechnet.
Ein Vorschlag der im Rundbrief bekannt gegeben wird: Den Mitgliedsbeitrag auf 2 Euro mehr, zu erhöhen.

Das Modell 3 lautet nach Überarbeitung zur Abstimmung:

Die Summe der Mitgliedsbeiträge und staatl. Erstattungen wird nach Abzug der Abführungen an Bundes- und Landespartei wie folgt aufgeteilt:

1. Wahlkampfkasse Uwe Flüß bekommt 3.750 Euro.
2. Vom Rest steht nach Abzug der an den Landesverband abzuführenden Beiträge, jeweils die Hälfte den vier OV's und dem KV planerisch zur Verfügung.
3. Die Aufteilung des entsprechenden Anteils unter den Ortsvereinen erfolgt im Verhältnis der von ihren Mitgliedern geleisteten ordentlichen Mitgliedsbeiträgen. Somit erhalten Ettlingen mit 25 Mitgliedern ein Budget von 700 Euro, Waldbronn etc. mit 21 Mitgliedern 570 Euro, Rheinstetten mit 16 Mitglieder 400 Euro und Malsch mit 12 Mitgliedern 320 Euro.
4. Über diese Gelder können die OV's ohne Rücksprache mit dem KMV frei verfügen
5. Einem Ortsverein explizit zugedachte zweckgebundene und nicht zweckgebundene Spenden verbleiben ausschließlich bei diesem.
6. Sonstige zweckgebundenen und nicht zweckgebundenen Spenden einschließlich nicht ausbezahlter Aufwandsentschädigungen verbleiben beim KV.
7. Über die Übertragbarkeit nicht abgerufener oder überzogener Budgets soll bis Ende Nov. 2006 mit dem HH-Plan für 2007 abgestimmt werden.

Beschluss Modell 3 in seiner Ganzheit: 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

2. Delegiertenwahl für den Landesausschuss am 12.3.06 in Stuttgart

1. Peter Krantz-Schneider - einstimmig
2. Ute Drechsel - einstimmig (Ersatzdelegierte)

3. Satzungsänderung

Vorschlag aus der Versammlung zu § 13 ...ersatzlos zu streichen, wird auf der nächsten KMV am 30.3.06 erfolgen.

4. Uwe Flüß berichtet vom Wahlkampf und den Terminen, die auf seiner homepage nachzulesen sind.

Götz Werner dm-markt, kommt am 6.4.06 um 19 Uhr in die Scheune in Ettlingen, dafür wurden 50 Euro genehmigt.

5. Keine allg. pol. Debatte

6. Termine

Siehe Rundbrief oder Grüne homepage

7. Verschiedenes

Im Juni Evaluation für Regionalbüro, ob es weiter finanziert wird und ob wir weiter mit 50 Euro dabei sein wollen. Fürs Promis "pflücken" ist das Regionalbüro in der Vernetzung gut.

Im Mai Veranstaltung mit Harry Block zum KFK.

"Rio Stinko" auf Regionalebene aufgreifen, ist befristet schon einmal verlängert worden.

Bürgerentscheid - Flyer für die Stände sind bereit.

Auf den Wahlkampf-Info-Ständen soll die Unterschriftenliste für die Gentechnik freie Zone ausgelegt werden, denn jeder Einzelne kann beitreten.

25 Euro Spende sind beantragt für die gentechnikfreien Maisamentütchen, natürlich keimfähig. Damit wird mann/frau zum VermehrerIn und somit auch mit dem Anbau "testberechtigt". An der Farbe der Kolben kann erkannt werden ob sich etwas eingekreuzt hat.

Der Untersuchungsausschuss - El Masri - ist "abgebügelt". Komische Gefühle ergeben sich bei Schäubles Ansinnen Aufgaben der Polizei von der Bundeswehr übernehmen zu lassen.

Ende der Sitzung um 22.30 Uhr.

Gez. L.Klinke

**Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen
am 30.03.06, im Restaurant Waldschänke in Rheinstetten-Forchheim „Silberstreifen“
um 20:00 Uhr, 19.00 Uhr Vorstandssitzung Entschuldigt: Lucia Klinke**

Anwesend sind: 22 Mitglieder, ab ca. 21:00 Uhr, 22 Mitglieder, ab ca. 22:00 Uhr 23 Mitglieder

Der Vorsitzende Jörg Rupp eröffnet und leitet die Sitzung

TOP

1. Wahlnachlese zur Landtagswahl
2. Wahl zur LDK am 28./30.04 in Bad Krozingen
3. Termine und Veranstaltungen
4. Satzungsänderungen
5. Rechenschaftsberichte
- 5.1. Kreisvorsitzender Jörg Rupp
- 5.2. LAG Frauen Carola Blume Kullmann
- 5.3. Kassenbericht Gisela Holzwarth
- 5.4. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache zu den Rechenschaftsberichten
7. Entlastung des bisherigen Kreisvorstandes
8. Wahl der Kassenprüfer
9. Wahlen der Delegierten zur LAG Frauen
10. Wahlen der/s Dauerersatzdelegierten für BDK, LDK und Landesausschuss
11. Wahlen zum Kreisvorstand
12. Verschiedenes

1. Wahlnachlese zur Landtagswahl

Landtagskandidat Uwe Flüß bedankt sich bei allen, die ihn unterstützt haben, vor allem Peter-Krantz-Schneider für sein unermüdliches Engagement und seinen Einsatz. Er freut sich über das gute Ergebnis von 9,5 % in seinem Wahlkreis. Jörg meint hierzu, nach 2001: 6,7% haben wir erst den halben Weg zu alter Stärke (1996: 11,5) wieder geschafft....

Aber immerhin....: Unsere Ergebnisse liegen wie immer über den meisten benachbarten ländlichen Wahlkreisen:

Bruchsal: 2001 4,8 - jetzt 6,7 %

Bretten: 2001 6,1 - jetzt 7,9 %

Rastatt: 2001 4,5 - jetzt 8,0

Calw: 2001 5,7, jetzt 8,0

Enzkreis: 2001: 5,9, jetzt praktisch etwas mehr als wir: 9,8 %

Nicht zu vergessen: wir liegen 2,2 % unter dem Landesdurchschnitt von 11,7 %!

Uwe bekommt vom KV ein Körbchen mit grünem Tee als „Dankeschön“.

2. Wahl zur LDK am 28./30.04 in Bad Krozingen

Als Delegierte für die nächste LDK wurden Jörg Rupp und Dietlinde Bader-Glöckner einstimmig gewählt.

3. Veranstaltungen/Termine

3.1. Veranstaltung mit Götz Werner.

„Bedingungsloses Grundeinkommen für alle“ - Vision oder Utopie?

Der Ortsverband und die Fraktion von Bündnis 90/die GRÜNEN laden alle interessierten Bürger zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion ein.

Es spricht: Prof. Götz W. Werner. Professor Werner ist Gründer und Geschäftsführer der dm-Drogeriemärkte und Mitglied eines Netzwerks alternativer

Wissenschaftler die sich für die Reform unserer sozialen Systeme einsetzen. Am 06. April 2006 um 20 Uhr in der Scheune der Diakonie, Ettlingen,

Pforzheimer Str. 31

Eintritt frei! Anstelle eines Honorars erbittet Prof. Werner eine Spende für das Hospiz „Arista“

3.2. Bürgerinitiative gegen Versuchsanbau von Genmais in Rheinstetten lädt ein

Anwesend werden sein: Vertreter der Bundessanstalt für Pflanzenschutz, Braunschweig, Bürgermeister Dietz von Rheinstetten

am 10.04.2006 Festhalle Neuburgweiler, 19:00 Uhr

4. Satzungsänderungen

Neuer § 13 - Transparenzgebot

Dem Antrag von Michael Körner zur ersatzlosen Streichung des Transparenzgebotes wird zugestimmt mit 18 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen. Damit entfällt der § 13.

§ 7 – neue Ziffer 1 Kreisvorstand

Dem Antrag von Jörg Rupp und Dietlinde Bader auf paritätische Besetzung des Kreisvorstandes wird einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag von Gisela Holzwarth, die Ergänzung „bis zu“ einzufügen, (Der Kreisvorstand besteht aus bis zu sechs Personen ... und bis zu drei weiteren Mitgliedern) wird einstimmig zugestimmt.

§ 7 - neue Ziffer 5 Mitgliederöffentliche Vorstandssitzungen

Die Sitzungen des Kreisvorstandes finden mitgliederöffentlich statt.

Abstimmung: 21 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

§ 8 Kreisausschuss

Das Gremium Kreisausschuss, das testweise für 4 Jahre mehr oder weniger gelaufen ist und dessen Sitzungen zwischen den einzelnen Kreismitgliederversammlungen durchgeführt wurden, wurde knapp mit 5 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen endgültig abgelehnt.

Damit entfällt der § 8 und die nachfolgenden Paragraphen rücken vor.

§ 10 Delegiertenwahl (Ersatzdelegierte) wird zu § 9

§ 9 neue Ziffer 3

Delegierte und Ersatzdelegierte zur LAG Frauen werden im Rhythmus der Wahlen zum Kreisvorstand, spätestens alle 2 Jahre, gewählt.

§ 9, neue Ziffer 4

Der Wahl eines/r Ersatzdelegierten, die /der Delegierte/n des KV für den Zeitraum von einem Jahr auf LDKs, BDKs und Landesausschuss vertritt, falls die gewählten Delegierten ihr Amt nicht wahrnehmen können.

Dem § 9 (vormals § 10) wird mit 4 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen und 15 Ja-Stimmen zugestimmt

5. Rechenschaftsberichte

5.1. Vorstandsvorsitzender Jörg Rupp über die vergangenen 2 Jahre

Auch wenn die letzten Kreismitgliederversammlungen von Formalia wie Satzungsänderungen, Haushaltsplänen und einer neuen Kassenordnung bestimmt waren, hat der KV bislang als Impulsgeber gute Arbeit geleistet. Jörg nennt exemplarisch den Antrag zum Verzicht auf vorzeitige Koalitionsaussagen, die in die Präambel des Grünen Wahlprogramms der LTW mit eingeflossen ist, den Genitalverstümmelungsantrag vom Dezember 05, die im LAK Ökologie durch Peter-Krantz-Schneider geleistete Arbeit uvm. Unser Kreisverband hätte sich inzwischen einen Namen im Landesverband erworben und dort das entsprechende Gehör verschafft. Er erinnere nur an die Koptuchdebatte und die daraus resultierende Integrationsveranstaltung mit dem Landesverband. Darüber hinaus wurde versucht, regionale Impulse mit Veranstaltungen bspw. zu Hartz IV, mit der auch die eigene Regierungspolitik kritisch begleitet wurde.

Als große Aufgabe bleiben jedoch die nach wie vor nur auf Kreisverbandsebene funktionierende Pressearbeit ebenso wie die Reaktivierung ehemaliger Hochburgen wie Spessart und Bruchhausen oder die ewige Diaspora Marxzell mit einem jedoch überraschend guten Wahlergebnis.

Mit den erledigten Formalia, die teilweise aus der Satzungsdebatte resultierten, ist der Kreisverband gut gerüstet und kann die notwendigen Aufgaben angehen.

5.2. Die Delegierte von LAG Frauen Carola Blume- Kullmann entschuldigt den Rechenschaftsbericht. Sie sei zu spät informiert worden, dass ein Rechenschaftsbericht ihrerseits gemacht werden soll. Sie holt das aber nach.

5.3 Kassenbericht 2005 – Gisela Holzwarth

Gisela Holzwarth erläutert die Zahlen des Jahresabschlusses 2005, die allen Mitgliedern vorlagen. Am Ende des Jahres 2005 waren 7.508,51 € in der Kasse, wobei der Landeszuschuss für die Landtagswahl bereits enthalten ist. Der Verlust von 426,62 € liegt daher um rund 2000 € höher, da die Ausgaben erst 2006 erfolgen, sodass in der nächsten KVM der angepasste Haushaltsplan beschlossen werden muss. Die Mitgliedsbeiträge haben sich gegenüber dem Voranschlag erfreulich um ca. 500 € erhöht. Die Ausgaben für Allgemeine politische Arbeit wurden einzeln vorgestellt. Die Wahlkampfkosten beliefen sich insgesamt auf rund 4600 €.

6. Bericht der Kassenprüfer

Peter Buss berichtete über die Kassenprüfung am 15.03.06, die er zusammen mit Rainer Hasenbeck durchführte. Er empfahl die Entlastung der Kasse.

7. Aussprache zu den Rechenschaftsberichten

Hierzu gab es keine Wortmeldung.

8. Entlastung des Kreisvorstands

Der Kreisvorstand wird mit 19 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen entlastet.

9. Wahl der Kassenprüfer

Als Kassenprüfer wurden Annette Dirschnabel und Peter Buss mit 17 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen gewählt.

10. Wahl einer Delegierten/Ersatzdelegierten zur LAG Frauen

Carola bemängelt die Koordination der Wahlen mit der LAG Frauen. Dort müssten die Besetzung der LAG sich fortlaufend ändern, wenn die KVs nach ihrem Wahlturnus die Delegierten bestimmen. Eine kontinuierliche Besetzung wäre nicht gewährleistet. Dies sollte mit der LAG Frauen koordiniert werden. Dem Vorschlag wurde nicht stattgegeben.

Delegiertenwahl. Die bisherige Ersatzdelegierte Dietlinde Bader-Glöckner erklärt, dass sie sich nicht mehr zur Wahl stellt, da sie für den Kreisvorstand kandidiert. Es erfolgten zwei Wahlvorschläge: Carola Blume-Kullmann und Ute Drechsel. Carola Blume-Kullmann wird mit 14 Ja-Stimmen und zu 8 Nein- Stimmen wiedergewählt.

Als Ersatzdelegierte wird Arja Landsmeer mit 20 Stimmen und 2 Enthaltungen gewählt.

11. Wahl eines Dauerersatzdelegierten für BDK, LDK und Landesausschuss

Anette Dirschnabel vertritt als Ersatzdelegierte den KV für den Zeitraum von einem Jahr auf LDKs, BDKs und Landesausschuss, falls die gewählten Delegierten ihr Amt nicht wahrnehmen können.

12. Wahlen zum Kreisvorstand

Thomas Saip wird einstimmig mit 22 Stimmen zum Wahlleiter gewählt. Peter Krantz-Schneider erläutert das Wahlverfahren. Zur Besetzung eines paritätischen Vorstandes ist ein Frauenwahlgang erforderlich.

Wahl der beiden paritätischen Vorstandsvorsitzenden

Vorschlag für den ersten Wahlgang (Vorstandsvorsitzende) Dietlinde Bader-Glöckner und Ute Drechsel.

Gewählt wurde Dietlinde Bader-Glöckner mit 16 zu 6 Stimmen.

Wahlvorschlag für den zweiten Wahlgang (paritätische Besetzung des/r Vorstandsvorsitzenden)

Michael Körner und Ute Drechsel.

Carola Blume-Kullmann erhebt den Einwand, dass die beiden Vorsitzendenämter nicht mit zwei Frauen besetzt werden sollten, das fände sie genauso schlecht, wie wenn dies zwei Männer besetzen würden. Jörg Rupp erklärt, diese Auffassung widerspreche dem Frauenstatut, das auch zwei Frauen auf den vorderen Plätzen zulässt.

Michael Körner wird mit 16 zu 6 Stimmen gewählt.

Daraufhin erklären Jörg Rupp und Peter-Krantz Schneider, dass sie sich nicht mehr für die Beisitzerposten bewerben.

Dietlinde Bader-Glöckner beantragt kurze Unterbrechung und bittet um Bedenkzeit.

Begründung: Die Besetzung der Beisitzerposten mit Peter Krantz-Schneider und/oder Jörg Rupp war der persönliche Wunsch von ihr. Durch die Ablehnung seiner Kandidatur müsse sie bedenken, ob sie den Posten der Vorstandsvorsitzenden annimmt.

Nach der Pause erklärt sie sich bereit, ihre Wahl anzunehmen.

Wahl der Kreiskassiererin

Gisela Holzwarth wird mit 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 ungültigen Stimme als Kreiskassiererin wiedergewählt.

12.4. Wahl der Beisitzer

Ute Drechsel wird mit 15 Ja-Stimmen, 2 ungültigen Stimmen und 2 Nein- Stimmen von 19 abgegebenen Stimmen als Vorstandsmitglied gewählt. Uwe Fließ wird mit 14 Ja-Stimmen und 7 Nein- Stimmen von 21 abgegebenen Stimmen als weiteres Vorstandsmitglied gewählt.

13. Verschiedenes

Keine Anträge und Diskussionsvorschläge

Versammlungsende: gegen 23:00 Uhr

Gez. Dietlinde Bader-Glöckner

Pressemitteilung zur Veranstaltung des KV-Ettingen von Bündnis90/DIE GRÜNEN

Diese Pressemitteilung wurde von der BNN wieder mal n i c h t veröffentlicht !!

„Tschernobyl - der atomare Schrecken“ -Veranstaltung mit MdB Sylvia Kotting-Uhl

Am 26. April 2006 jährte sich der SuperGau von Tschernobyl, der bislang folgenschwerste Unfall in einem Atomkraftwerk. Dies war für den Kreisverband Ettingen Anlass, in einer Veranstaltung am Donnerstag, den 27. April in der „Sonne“ in Busenbach an dieses schreckliche Ereignis zu erinnern und seiner Opfer zu gedenken. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) vertritt die Auffassung, dass die Reaktorkatastrophe bislang insgesamt „nur“ ca. 4000 „direkte“ Todesopfer gefordert habe. Die Studie der IAEO führt viele Gesundheitsprobleme der Überlebenden auf einen ungesunden Lebensstil und ein Gefühl der Ohnmacht und des Opferseins zurück. Wundern muss man sich über eine solche Einschätzung nicht, denn die IAEO hat in ihrer Charta die Förderung der Atomenergie festgeschrieben. Die Schätzungen der russischen Akademie der Wissenschaften hingegen gehen von wesentlich höheren Zahlen an Opfern aus. Sie hält neben den Zehntausenden von bislang an den Folgen gestorbenen zusätzlich insgesamt 93 000 Krebstodesfällen in Folge des radioaktiven Fallouts für realistisch. Angaben von Greenpeace zufolge, erwartet die russische Akademie der Wissenschaften allein in Weißrussland, der Ukraine und Russland 270 000 zusätzliche Fälle von strahlenbedingten Krebserkrankungen.

Gezeigt wurde am vergangenen Donnerstag die Fernsehdokumentation von Bernd Dost mit dem Titel „Tschernobyl, der atomare Schrecken“. Als am 26. April 86 der Block 4 des Atomkraftwerkes Tschernobyl explodierte und Radioaktivität in der Größenordnung von 400 Hiroshimabomben freigesetzt wurde, erreichte die Wolke aus der Ukraine auch Deutschland. Geschildert wird in dem Film der Hergang der atomaren Katastrophe, die Reaktion der Menschen und die Folgen direkt vor Ort und unter anderem auch die Versuche einiger Politiker, die Auswirkungen des Reaktorunfalls für die Bundesrepublik zu verharmlosen.

Wir wissen: Die Gefahren haben nicht ab-, sondern zugenommen.

Die Reaktoren sind um 20 Jahre gealtert, ihre Hüllen geschwächt. Alle deutschen Atomreaktoren halten dem Einschlag von Passagierflugzeugen beispielsweise durch Terroranschläge nicht stand – ein nicht unrealistisches Schreckensszenario.

Zudem gibt es weltweit kein Konzept zur Entsorgung von radioaktivem Abfall, die Ressourcen an Uran reichen nur noch höchstens für 70 Jahre.

„Die Verwendung von Atomstrom impliziert wegen der Auslastung der AKWs auch immer verschwenderischen Umgang mit der Energie“, so Silvia Kotting-Uhl, MdB aus Karlsruhe, die vom Kreisverband zur Veranstaltung geladen war. Auf Betreiben einiger Unionspolitiker- darunter auch Ministerpräsident Oettinger- steht nun die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke wieder in der öffentlichen Diskussion in Deutschland.

Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Grünen in Berlin, hält den Atomkonsens und den consequenten Ausstieg aus der Atomenergie für den einzig gangbaren Weg: „Wenn man den Ausbau der Erneuerbaren Energie nicht verlangsamen möchte, muss man consequent darauf setzen, diese Energien zu fördern, gleichzeitig aber auch ohne Verzögerung aus der Atomenergie aussteigen“. Im Hinblick auf das Potenzial der Energieeinsparung, könnten beide Wege nicht nebeneinander stehen. Der Export und die weitere Verbreitung der Atomtechnologie erhöht weltweit das Risiko der Proliferation. Auch deshalb wollen die Grünen 20 Jahre nach Tschernobyl nicht vom Sofortausstieg abrücken.

D. Bader-Glückner

Zum Vortrag von Prof. Götz Werner am 06. April 2006 in der Scheune der Diakonie in Ettingen mit dem Thema „Neue Arbeit durch ein bedingungsloses Grundeinkommen“ - Pressemitteilung Michael Pollich

„Ich bin nicht gekommen um Lösungen zu präsentieren, sondern damit Sie sich Fragen stellen“, so forderte Prof. Götz Werner die zahlreichen Zuhörer seines Vortrages in der Scheune der Diakonie am Donnerstag auf. Thema des vom Stadtverband Bündnis 90/Die Grünen veranstalteten Abends war das "bedingungslose Grundeinkommen", eine Idee die der Gründer der dm-Drogeriemärkte und Honorarprofessor der Universität Karlsruhe seit über einem Jahr in Vorträgen im gesamten Land vorstellt.

Durch die dramatischen Produktivitätssteigerungen, die durch die Schöpfung von Methoden und Maschinen ermöglicht wurden, kennen wir heute, im Gegensatz zu allen früheren Generationen, in Deutschland keinen Mangel an Produkten mehr. Diese Produktivitätssteigerungen gehen aber immer häufiger mit einem Abbau von Arbeitsplätzen in dieser so genannten "alten Arbeit" einher. In dem von Werner als "neue Arbeit" bezeichneten Bereich der Kultur-, Erziehungs-, Bildungs- und Sozialarbeit herrscht jedoch ein immer stärker werdender Mangel an Arbeitskräften: "Kennen Sie eine Schule, Kindergarten oder Altenheim, in dem es ausreichend Lehr-, Betreuungs- oder Pflegekräfte gibt?", fragte Werner in die Runde. Durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens soll es mehr Menschen ermöglicht werden, sich mit sinnvoller Arbeit in diesen Bereichen in die Gesellschaft einbringen zu können. Die Arbeit soll so für mehr Menschen zu einem zentralen Lebensinhalt werden, anstatt nur als Einkommensquelle zu dienen.

Die an den Vortrag anschließende lebhafteste Diskussion zeigte, dass es Prof. Werner in Ettingen gelungen war diese Idee seinen Zuhörern zu vermitteln.

Zur Veranstaltung der LAG Frauen am 5. Mai 2006 in Karlsruhe (Pressemitteilung der LAG Frauen)

Um Prostitution, Moderne Sklaverei und die zunehmende Entmenslichung der Sexualität, in unserer Gesellschaft ging es am Freitagabend im Kolpinghaus bei einer Veranstaltung, zu der die Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Ba-Wü ins Kolpinghaus geladen hatte und die im Rahmen der Ausstellung ohne Glanz und Glamour der Karlsruher Frauenbeauftragten stattfand. Ulrike Maier, Sprecherin der LAG Frauenpolitik wies darauf hin, dass auch im Bereich der so genannten freiwilligen Prostitution die Frauen häufig aus wirtschaftlicher Not oder aus anderen Gründen zu diesem Job gezwungen sind - somit

sei der Begriff der Freiwilligkeit sehr kritisch zu bewerten. Eine Entmenslichung finde nicht nur dadurch statt, dass Frauen (und 5% Männer für homosexuelle Freier) auf Waren reduziert seien, sondern dass die Sexindustrie, die genau wie alle anderen Branchen den immer schärferen globalen Marktgesetzen gehorcht, kaum noch Tabus kenne. Frauen seien in immer stärkerem Maße diesem System von Unterwerfung, Ausbeutung, Gewalt und Sexismus ausgesetzt. Daran habe leider auch das von den Grünen initiierte Prostitutionsgesetz, das ehemals zur Verbesserung der Situation der Frauen selbst dienen sollte, nichts ändern können.

Prof. Dr. Adolf Gallwitz, Polizeipsychologe an der Polizeifachhochschule Villingen Schwenningen und ausgewiesener Experte im Bereich Kindersex-Mafia, Frauen- und Kinderhandel, bestätigte denn auch, dass der Polizei auf Grund der Gesetzeslage die Hände gebunden seien. Auch Gerichte würden die äußerst aufwendigen Verfahren gegen Menschenhandel scheuen, zumal nie sicher sei, ob in diesem Dickicht aus Falschaussagen, Angst und gegenseitiger Deckung die Hintermänner tatsächlich ermittelt werden könnten.

Einblicke in die Berufswelt der Prostituierten gab Christin, Domina und Vertreterin der Hurenorganisation Rosamunde (Stuttgart). Aus ihrer Sicht sei es angesichts des immer brutaler werdenden Wettbewerbs der Menschenhändler, die billigen und willigen Nachschub aus Osteuropa brächten, immer schwieriger, im Gewerbe so etwas wie eine Berufsehre aufrecht zu erhalten, geschweige denn, auch abwegige Wünsche der Freier abzulehnen.

Eine viel versprechende Initiative hat die Diakonie Baden gestartet: Ingrid Reutemann, Leiterin eines Projektes gegen Zwangsprostitution im Dreiländereck, machte deutlich, wie wichtig eine flächendeckende psychosoziale Versorgung der oft unter unwürdigsten Umständen arbeitenden Frauen sei. Gleichzeitig betonte sie, dass die nachhaltige Finanzierung solcher Projekte immer wieder ein Problem sei und dass zum anderen die Zielgruppe, die eigentlich mit ihrer Nachfrage für die Ausbeutung der Frauen verantwortlich sei, nämlich die Freier, schwer zu erreichen seien. Pfarrer Volker Erbacher, Diakonie Baden erläuterte das Projekt www.frauenheld-sein.de, eine Seite von Männern, für Männer, die darauf abziele, die Freier bei ihrem Verantwortungsbewusstsein und ihrer Ehre zu packen. Auch wenn sich bereits einige Männer, deren Anonymität selbstverständlich gewahrt bleibe, gemeldet hätten, könne sich ein Erfolg erst langsam einstellen.

Margarete Schick-Häberle, Sozialpädagogin und z.Zt mit dem Forschungsprojekt „Prostitution und Biografie“ befasst, schilderte den Stellenwert, den die Prostitution im Leben der Frauen einnehme: in vielen Fällen hätten sie in der Prostitution zum ersten Mal das Gefühl, „etwas wert“ zu sein. Dies dürfe aber keineswegs dazu verführen, Prostitution als Teil einer Problemlösungsstrategie zu betrachten. Vielmehr seien die Frauen oftmals schon vorher an erniedrigende Behandlung, sexuelle Gewalt und Abhängigkeit gewöhnt gewesen.

Prof. Dr. Gallwitz machte auf eine aktuelle Methode aufmerksam, junge Frauen für die Prostitution zu rekrutieren: professionelle Kuppler, getarnt als „Hostessen-“ oder Begleitservice, sprächen gezielt attraktive junge Frauen an. Lassen sie sich aus Naivität oder Abenteuerlust darauf ein, geraten sie schnell in einen Kreislauf aus Geld, Konsum, Lügen und Sex und würden auf Grund dieses Lebensstils, den sie selbst zeitweise positiv bewerten, jeglichen Bezug zur Realität verlieren. „Sie schmeißen dann das Studium, bauen Lebenslügen auf und geraten immer tiefer in das Dickicht der Szene hinein.“, so Prof. Gallwitz.

Auch gebe es einen neuen Freiertypen, in Fachkreisen als „MacSex“ bezeichnet, der möglichst schnell und billig „bedient“ werden wolle. Eine weitere neue Art von Bordellen existiere in Form von so genannten Swingerclubs, die viele für eine eher harmlose Vergnügungsstätte für partnertauschwillige Paare halten. Das sei keineswegs der Fall, bestätigt auch Christin aus ihrer unmittelbaren Erfahrung: junge Frauen, oft Migrantinnen, würden dafür gezielt angesprochen und in einem Umfang finanziell abhängig gemacht, dass sie teilweise bis zu 16 Stunden im Club ausharren müssten um potentiellen Freiern (Gästen) zur Verfügung zu stehen. „Geld gibt's nur für einen „Stich“, so Christin, und wenn der ausbleibt, hat sie noch mehr Schulden beim Betreiber“.

„Alles in allem“ so Ulrike Maier, „muss man sehr genau hinschauen und sich von der Fehleinschätzung verabschieden, sexuelle Erniedrigung, Gewalt und Ausbeutung finde nur im Bereich der Zwangsprostitution statt.“ Das sei genauso ein Irrglaube wie der, dass Prostitution schwere Sexualstraftaten verhindern helfe. „Ganz im Gegenteil“, meint dazu Prof. Dr. Gallwitz: „Prostitution und vor allem die Gestattung ausgefallener Praktiken macht Lust auf mehr.“ Dies führe dann wieder zu einer unrealistischen Erwartungshaltung auf Seiten der Männer. Hier könne nur eine gute Sozialisation wie die Erziehung zur Liebesfähigkeit und ein pädagogisch geeigneter Sexualkundeunterricht bereits in der Grundschule Abhilfe schaffen.

„Die derzeitigen Diskussionen im Vorfeld der Fußball WM wollen wir auch weiterhin zum Anlass nehmen, die Verantwortung der Gesellschaft für den Umgang mit der Prostitution einzufordern und zwar auch die der Freier, die es aber gar nicht gibt“ so Ulrike Maier, „täglich lassen 1,2 Mio. Männer, in Laufhäusern, auf dem Straßenstrich oder in Terminwohnungen Dampf ab. Dabei handelt es sich nach den anonymen Alkoholikern um die größte anonyme Gruppe von Menschen, die wir in Deutschland haben.“

Infos www.frauenheld-sein.de

Carola hat bei der Veranstaltung fleißig mitgeschrieben:

ZWANGSPROSTITUTION...

Dies habe ich von der Karlsruher Veranstaltung für mich mitgenommen:

In Deutschland gehen 1,2 Mill. Freier täglich ins Bordell, wo sie von 400 Tsd. Prostituierten sog. Sex-Dienstleistungen einkaufen. Jeder 5. Mann tut dies regelmäßig. 60 % der Prostituierten sind Migrantinnen, die mutmaßliche Dunkelziffer an Zwangsprostituierten ist hoch. (?) (Leider habe ich von **Ulrikes vorzügl. Eingangsreferat** zu wenig verstanden, weil sie wie ein Maschinengewehr durchgerattert ist,...)

Zur Frage a) warum Prostitution gerade heute so ein großer Markt sei, und b) ob dessen Existenz möglicherweise Straftaten verhindere, erklärte

PROF. GALLWITZ (Kriminalpsychologe) dies sei auf die aggressive Medienwerbung zurückzuführen, die ein ungeheures Ausmaß angenommen habe. Mit dieser enorm gewachsenen Werbepresenz per Kabel, Satellit usw. würde gezielt „Appetit erzeugt.“ (z.B. auch im Internet unter: www.Ladies.de). Der Sexmarkt mache einen jährlichen Milliarden-Umsatz etwa in der Größenordnung des Umsatzriesen Tchibo. Theorien über die katharsische, also reinigende Wirkung bezügl. Triebstau-Abwehr seien überholt, es gelte die gegenteilige Hypothese, dass es gerade das omnipräsente Sexdienst-Leistungsangebot sei, das den Markt wachsen und gedeihen

lässt. Freier kämen nachweislich aus allen sozialen Schichten, zu 90 % sei ihr Anliegen das Ausleben sexueller Obsessionen, (z.B. Oralverkehr), und das Nachvollziehen von medien-erzeugten Fantasien.

(Das mit 60-80 Frauen größte Sauna-Bordell stünde ausgerechnet in Ettlingen. Auch in sog. Swinger-Clubs fände kaum paarweiser Partnertausch statt, sondern dort herrsche Männerüberschuss, für den ganz gezielt junge Frauen angeworben würden, z.B. über Zeitungsannoncen nach „GF6“=girlfriend-sex=wie von der eigenen Freundin.)

Insbesondere zur bevorstehenden Fußball-WM erfolge z. Zt. eine verstärkte Rekrutierung von Prostituierten aus den GUS-Staaten, deren „freiwillige“ Dienstausbildung absolut in Frage gestellt werden müsse – in der Mehrzahl dürfte es sich um Zwangsprostituierte handeln, die unter falschen Versprechungen hergelockt würden. In Italien z.B. geschehe dies durch eine 6-monatige Aufenthaltsgenehmigung als Tourist/au pair/Bartänzerin. Im ehemaligen Jugoslawien würden junge Frauen für 2000 Euro gehandelt, auf Märkten wie nacktes Vieh verkauft, und dann von brutalen Bewachern = Zuhältern gezwungen, 50 Tsd. Euro jährlich zu erwirtschaften.

Hierbei handele es sich eindeutig um Menschenrechtsverletzungen. Entsprechend sei zu fordern, dass für derartige Opfer Abschiebestopp gilt, dass Politik und Polizei die Täter verfolgen und hart bestrafen. Leider erhält eine begrenzte Duldung nur, wer sich umgehend zu einer Aussage vor Gericht bereit erklärt. Traumatisierte Opfer brauchen aber Ruhe und vertrauensvolle Gespräche durch gute Sprachvermittler, um evtl. gegen ihre Peiniger auszusagen. Über TV-Aktionen sollte eine breite Öffentlichkeit für diese Not der Frauen und Mädchen sensibilisiert werden, und Beratungsstellen finanziell ausgestattet werden.

Freierbestrafung, wie in **Schweden**, habe zwar zum Rückgang der Anzahl von Prostituierten geführt, würde aber intern häufig vom eigenen Beamtenapparat behindert. Die Legalisierung und Entkriminalisierung in den **Niederlanden** habe zu einem Anstieg von Prostitution geführt, diese Art Verharmlosung sei das falsche Signal.

Menschenhandel (nach § 232 unter Strafe gestellt) werde zu wenig ernst und in der Strafverfolgung zu verschieden bzw. zu wenig geahndet. Erforderlich sei eine veränderte Handhabung im Ausländerrecht durch die Politik, z.B. ein Bleiberecht für Zwangsprostituierte.

Zur Frage nach möglichen Präventions-Maßnahmen

berichtete er über eine Hochschulstudie, wonach die Einstellung zur Sexualität zwischen Männern und Frauen so unterschiedlich sei, dass sie „eigentlich nicht zueinander passen“. So hätten Frauen mehrheitlich eine ganz k l a r e Einstellung dazu, während diese bei Männern extrem stark d i f f e r i e r e. Die Ursache hierfür sei die unterschiedliche s e x u e l l e S o z i a l i s a t i o n: Bereits kleine Jungen hätten Zugang zu Pornographie und benutzten Masturbations-Vorlagen. Zu fordern sei deshalb dringend, dass z.B. spätestens in G8-Klassen neben Physik und AIDS-Bekämpfung auch Empfängnisverhütung und der männliche Umgang mit Pornographie/ TV/ UMTS-Programmen diskutiert und dadurch Medienkompetenz erzielt wird. Bereits in der Grundschule müsse eine Erziehung zu sozialem Verhalten und Liebesfähigkeit viel stärker als bisher angestrebt werden.

(Einer Bewertung der Schilderung der anwesenden Prostituierten Christin enthielt sich Prof. Gallwitz unter Verweis darauf, dass eine Beurteilung von außen schwer sei, wegen der individuellen Prägung durch unterschiedliche Wahrnehmungsschemata, die keine generelle Bewertung zuließe.)

Die Frage: Was macht Prostitution zum sog. normalen Gewerbe ? beantwortete die DOMINA CHRISTIN

Sie finde in ihrem Gewerbe ein ‚Wohlfühlklima‘ dank folgender Faktoren:

- 1) freie Zeiteinteilung (an 5-7 Tagen je bis zu 16 Std.) mit viel Freiraum
- 2) das Recht auf Ablehnung unerwünschter Freier
- 3) gute Verdienstmöglichkeit (früher habe man 30-50 Tsd. DM mtl. verdienen können – leider sei dafür heute die Konkurrenz zu groß.)
- 4) gutes Betriebsklima (teilweise sehr rücksichtsvolle Stammfreier üb. 6 Jahre)
- 5) Zuhälter als Rolex- tragende Statussymbole seien nicht mehr notwendig, heutige Luden seien „auch nicht schlimmer als der faule Gatte z.B. einer Rechtsanwältin“.
- 6) viele „Neue“ blühten im Gewerbe erst auf, hätten mehr Orgasmen als in der Ehe, stylen sich auf, wüchsen unter den Komplimenten der Freier, erlebten PROSTITUTION ALS THERAPIE.
- 7) sicherer Wohnungs-Strich bringe 30-60 Min. Spaß und Lachen

Der Straßenstrich in sog. ‚Laufhäusern‘ sei dagegen unsicher (Geld-Diebstähle) und verschaffe nur Freiern den Extra-Kick, die verruchte Anmache schätzen. Auch der sog. **Studiostrich** sei unsicher. Dabei würden vor allem MIGRANTINNEN zur Anmietung von überkauften Zimmern über 2-3 Etagen gezwungen, wo sie auch ihre Versorgungseinkäufe teuer tätigen müssten; dies führe in kürzester Zeit zu „Blockschulden“, aus denen es keine Flucht gäbe. Eine ähnliche ausbeuterische Ausnutzung sei die Arbeit von Prostituierten in

Swingerclubs. Man verdiene dort extrem schlecht, nämlich nur 7 Euro pro Mann.

Die Motivation, das Gewerbe auszuüben liege zumeist in mangelnden beruflichen Alternativen bis hin zu finanzieller Not, bzw. dem Wunsch nach Luxus für sich und evtl. auch für die Kinder. Sie selbst arbeite allerdings völlig freiwillig, und wünsche sich gesellschaftliche Akzeptanz für ihre Tätigkeit. Auf Befragen räumte Christin ein, dass ihre erwachsenen Töchter ihr Gewerbe verächtlich finden, und sie selbst nicht wünscht, dass die Töchter darin tätig würden.

Zur Frage nach dem Stand der Entwicklung des Netzwerkes gegen Zwangsprostitution in Ba-Wü erklärte die Diakonie-Beauftragte

Frau Rentemann: Wie überall, so gäbe es auch in der Prostitution helle und dunkle Seiten.

In **NRW** gäbe es ein Aussteigerprogramm für 30 Huren, zwecks Umschulung zur Altenpflegerin. Trotz schlechter Presse habe sich gezeigt, dass die Frauen dafür beste psychische Voraussetzungen mitbringen: gutes Einfühlungsvermögen, Fähigkeit aktiven Zuhörens auf Menschen, sichere Trennung zw. Nähe und Distanz, geübter, ekelfreier Umgang, etc.

In **Ba- Wü** lägen Erkenntnisse vor, dass dort mit Sicherheit Zwangsprostituierte arbeiten, darunter ca. 20 % Migrantinnen. Es seien

funktionierende Organisationen, die die Frauen anlocken, verschieben und unter Androhungen ausbeuten. Betreuungsangebote gäbe es mangels finanzieller staatl. Unterstützung zu wenige (nur in Stuttgart .u. Heilbronn), angestrebt wird eine Kooperation mit Weißrussland, sowie Ausstiegsprojekte (s. o.).

Wie man an die eigentliche Zielgruppe der Freier kommen könne, erkläre

Pfr.Erbacher: Unter: www.Frauenheld.de laufe eine Kampagne zur Sensibilisierung von Freiern zur Wahrnehmung und Unterstützung möglicher Zwangsprostituierten. Ebenso bietet ein Bündnis aus Polizei/ Gewerkschaften/Frauenrechtsgruppen/ kirchl. Stellen ab 15.Mai die Hotline der Kampagne „Stoppt Zwangsprostitution“ unter 0180/2006 110 an; dort kann man zum Ortstarif und anonym Hinweise geben, und Gewalt-Verdachtsfälle melden, am Apparat sind Männer.
Der Kampagnenname ZORRO soll suggerieren, man könne hier unter einer Maske versteckt zum heldenhaften Retter/Verbündeten einer unschuldig in Not geratenen Frau werden.
Kennzeichen für Zwangsprostitution (wenngleich keine sicheren Indizien) können sein:
Mutmaßliche Minderjährigkeit, Spuren von Misshandlungen, Erschöpfung, Übermüdung, Desorientiertheit, Ängstlichkeit, verschlossene Räume, verstecktes Trinkgeld, Überwachung durch Bringen u .Abholen, Einschüchterung...
Die Erfahrung zeige, dass die Homepage frequentiert wird – andererseits erhalte man auch Schelte, dass „dadurch die Preise kaputt gemacht“ würden. Die Erwartung gehe dahin, dass Freier zu je einem Drittel gleichgültig – verärgert – einsichtig auf die Kampagne reagieren. Unerlässlich sei es, die Wahrnehmung dafür zu schärfen, ob freiwillige oder gewaltsam erzwungene Prostitution vorliege.

Wie wirkt sich Prostitution auf das Leben der Betroffenen aus?

Hierzu nahm die Sozialarbeiterin

Fr.Schick-Häberle folgendermaßen Stellung:

Seit Jahren habe sie nach entsprechenden Störungen oder Schädigungen gesucht, die recherchierten Lebensläufe zeigten aber, dass solche nicht als Folge sondern als Voraussetzung vorlägen. Prostitution sei höchstens Teil einer bereits vorhandenen Störung.

Erkenntnis ihrer Arbeit aus zahlreichen Gesprächen sei:

„Prostitution hilft Überleben (z.B. bei Magersucht). Bei vielen Frauen verlief die Biographie so, dass Prostitution Sinn aus sich selbst macht.“

Man müsse genau hinsehen, ob das Gewerbe erzwungenermaßen oder aber freiwillig von ganz normalen Frauen ausgeübt würde, die Respekt verdienen. Ausschlaggebend seien die Bedingungen innerhalb der Betriebe, und diese seien wiederum abhängig von der Miethöhe.

Umschulung und Ausstieg seien aus Mangel an beruflichen Alternativen oft unmöglich, und auch nicht unbedingt angestrebt.

Die anschließende Debatte erbrachte Folgendes:

Aus grüner Sicht sollten konkrete Forderungen an die Politik gestellt werden:

- Aufstockung der finanziellen Mittel für Beratungsstellen
- mehr Personal/Sprachvermittler bei Polizei u. Staatsanwaltschaft
- gezielte Sprachförderung für Migrantinnen
- Bereitstellung von Schutz-Wohnräumen
- keine Abschiebung für Zwangsprostituierte
- pro Stadt eine Betreuerin/ Sozialarbeiterin
- finanzielle Mittel aus einschlägigen Straftaten für Prävention verwenden
- konsequentere Beweissicherungs-Maßnahmen
- Beschneidung der Medienmacht bzgl. Pornographie und „Mac Sex“ Werbung
- eigenes Logo bzw. landesweite Telefon- Nr. für Fußball-WM
- Behandlung des Themas auf grünem „Zukunftskongress“ im Herbst

Von therapeutisch geschulten Teilnehmerinnen kamen außerdem Vorbehalte gegen die geltend gemachte therapeutische Wirkung von Prostitution, und wurde von verleugneter Entfremdung gesprochen.

Carola Blume-Kullmann

Zu den Rechenschaftsberichten....

Im Gegensatz zu der Landesarbeitsgemeinschaft LAG Frauen Politik, deren Delegierte und Ersatzdelegierte durch die Kreisverbände gewählt auf zwei Jahre werden, setzen sich die anderen LAGs nicht aus Delegierten der Kreisverbände zusammen, sondern aus interessierten Mitgliedern. Sie sind nur zu einem Rechenschaftsbericht gegenüber dem Landesverband einmal jährlich verpflichtet, können aber dem KV direkt berichten. Hierzu gibt es ein LAG- Statut des Landesverbands, das über die Webseite des KV Ettlingen angeschaut oder ausgedruckt werden kann. Didi

Rechenschaftsbericht Carola Blume-Kullmann, LAG Frauen Ba-Wü für den Zeitraum 09/2004 bis 05/2006

09.04 LAG-Veranstaltung zur Gesundheitspolitik: „Frauen sind anders krank“

Geschlechtsspezifische Forschung. und Therapie für Frauen mit der Ethnologin Dr. Edith Wolber; weitere Themen:

- Bewertung der Umsetzung des Frauengesundheitsberichts Ba-Wü, insbes. zum Brustkrebscreening (Brigitte Lösch, MdL)

- Mädchengesundheit
- Essstörungen
- Starke Zunahme ungewollter Teenagerschwangerschaften

10.04 LDK in Saulgau
Einbringung einer Resolution zur Einführung islamkundlichen Unterrichts ab der 1.GS-Klasse,
Resolution wurde angenommen

11.04- 03. 05

Coaching für Frauen (in drei Blöcken)

Für Frauen aus Partei u. Kreisverbänden, die sich für eine Kandidatur zum Land- bzw. Bundestag fit machen wollen;
Lerninhalte: Rhetorik, Präsentation, Selbstbewusstsein.

8.11.04 Protestschreiben der LAG-Sprecherin an Frakt. Sprech .i .Landtag/ Soz. Ministerium

- gegen die Kürzungen um 8.000 Euro für den Landesfrauenrat
- für die Aufrechterhaltung der Geschäftsstelle des Landesfrauenrates

25.11.04 Veranstaltung zum UN-Tag gegen Gewalt gegen Frauen
„Importware Frau entrechtet – entwürdigt – entsorgt“ mit Anita Niephagen, Mitter-nachtsmission in Heilbronn, Beate Meinzolt, FIZ Stuttgart

17.02.05 Protestschreiben der LAG-Sprecherin an Deutschen Sportbund Frankfurt, Fordeger:

- Kein Promoten des Hiphoppers SIDO durch Mitgl. des DSB, wie z.B. durch Andreas Neuendorf von Hertha BSC oder Football-Team v. Berlin Thunder.
Kritisiert wird u.a. der „Arschfick-Song“, der gewaltverherrlichende anale Vergewaltigung v. Mädchen und Männern rühmt. Bewunderer SIDOs sind auch Frank Zander und DJ Marusha, die die Texte klasse und super finden.
- Weiterleiten d. Schreibens an den Geschäftsführer der BAG-Kinderschutz-Zentren Berlin
- Information der „Grünen Jugend“, sich an die Aktion Jugendschutz zu wenden.

26.02.05 Veranstaltung der LAG: Runder Tisch „Stalking“ mit den Expertinnen:

- Frau Dr.Hug-von Lieven, Referatsleiterin Frauenpolitik i. Sozialministerium Stuttgart
- Sigrid Krepela, Rechtsanwältin aus Esslingen
- Minati Anand v. Frauenberatungs- u. Therapiezentrum FETZ Stuttgart
- Ingrid Krumm, Kreisfrauenbeauftragte des Ostalb-Kreises;
- Uwe Stürmer, Kriminalrat im Innenministerium, Stuttgart

06.06.05 Parlamentarische Initiative und Antrag der Abgeordneten Brigitte Lösch an die Landesregierung
„Genitalverstümmelung verfolgen und abschaffen“ durch

- Aufklärung und sensible, qualifizierte Beratung
- Fort- und Weiterbildungsangebote für alle beteiligten Berufsgruppen
- Koordination u. Verabschiedung verbindlicher Richtlinien
- flächendeckende Verbreitung von Informationsmaterial

24.06.05 Teilnahme an der LDK Rottweil
Wahl der beiden Landesvorsitzenden und des Landesvorstandes

22.07.05 LAG-Treffen

- Diskussion des frauenpolitischen Teils des Landeswahlprogramms 2006

21.10.05 Neuwahlen zum LAG-Vorstand mit folgendem Ergebnis:

Ulrike Maier, KV Karlsruhe, Sprecherin KO-Gruppe, u.
Delegierte Landesfrauenrat und Mitglied im Bundesfrauenrat;
Verena Fuchslocher, KV Mannheim, Stellvertreterin u. Delegierte BAGFrauenpolitik;
Doro Meuren, KV Neckar-Bergstraße, Stellvertreterin u. stellv.Sprecherin BAG Frauen;
Andrea Münch, KV Stuttgart, Schriftführerin;
CarolaBlume-Kullmann, KV Ettlingen, Beisitzerin;
CharlotteSchneidewind-Hartnagel, KV Odenwald- Kraichgau, Beisitzerin;
BrigitteLösch, KV Stuttgart, MdL;
Irmgard Zecher, KV Reutlingen, Alterspräsidentin

25.11.05 Internationaler Tag der Gewalt gegen Frauen

- Schwerpunktthema: „Eifersuchtsdramen- häusliche Gewalt gegen Frauen in Trennungssituationen

26.11.05 LAG-Veranstaltung „Frauenhandel –In deutsche Lande“ mit Sr. Dr. Lea Ackermann von SOLWODI

2.12.05 Teilnahme an der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates in Stuttgart

- Thema „Ticken Frauen anders?“ Referat von Prof. Laura Martignon und Dr. Rose Vogel, Ludwigsburg
- Wahl des neuen Vorstands (Grünen- Kandidatin Uta Engelhardt wird in den Vorstand gewählt)
- Initiativantrag an Minister, FIFA, Vereine u. Institutionen

- ♦ für Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit bzgl. Zwangsprostitution u. Menschenhandel im Vorfeld der Fußball-WM;
- ♦ für eine Aufklärungsoffensive
- ♦ für Maßnahmen zum Schutz der Opfer
- Initiativantrag an Landesregierung, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass das gesetzliche Rentenalter nicht auf 67 Jahre herauf gesetzt wird.
- Antrag an Landesregierung, auf Schulen u. Schulverwaltungen einzuwirken, dass Betreuung v. SchülerInnen ausgebaut u. sinnvoll gestaltet werden muss, und die Vermittlung von Alltagskompetenzen auszubauen ist.
- Antrag, dass Landesfrauenrat sich mit Rentenfrage aus Frauensicht befasst, verschied. Modelle prüft, Empfehlung erarbeitet und in die Politik trägt.
- Aufforderung an Landesregierung, zu überprüfen, ob die Eintragungen in die Grundbücher des Landes mit dem Gleichberechtigungsgrundsatz vereinbar sind; falls sie dies nicht sind, eine Änderung zu veranlassen.
- Aufforderung an Landesregierung zur Fortentwicklung der Zugewinnngemeinschaft im ehelichen Güterrecht zu einer gleichberechtigten Teilhabe in der Ehe – nicht erst bei Scheidung.

02.12. - 04.12.2005 Teilnahme an der LDK Backnang

- Stand der LAG FrauenPolitik mit Büchertisch zur Information und Akquirierung neuer Frauen für die LAG
- Parteitagsbeschluss: Zwei Delegierte der LAG FrauenPolitik fahren weiterhin zu den Sitzungen der BAG Frauen (LV erstattet die Kosten!)
- Aufforderung an Landesregierung zur Fortentwicklung der Zugewinnngemeinschaft im ehelichen Güterrecht zu einer gleichberechtigten Teilhabe in der Ehe, nicht erst bei Scheidung.

06.02.06 Veranstaltung „Null Toleranz gegenüber Genitalverstümmelung – überall“

- Lesung aus „Tränen im Sand“ von Nura Abdi
- Diskussion mit Vertreterinnen von Landesärztekammer, Landesverband der Hebammen, Ministerium für Arbeit und Soziales, Terre des Femmes und Betroffenen, Moderation: Brigitte Lösch, MdL, stellvertr. Fraktionsvorsitzende; LAG Frauenpolitik

05.03.06 Frauenfrühstück im K33, Karlsruhe

18.03.06 LAG-Veranstaltung zur Integration:

Grüne Frauen unterwegs im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2006:

- Fremd in Deutschland
- die Mühen der Integration

Mit der türkisch-stämmigen Frauenrechtlerin Serap Cileli in Weinheim

31.03.06 LAG-Veranstaltung gegen Genitalverstümmelung und häusliche Gewalt mit

Dr. Fana Asefaw, Assistenzärztin Zürich

Dr. Assili-Barre ...Hanau

Dr. Helga Schulenburg, Mitgl.d. Ausschusses „Gewalt gegen Kinder“ und Vors.

Der Regionalgruppe Südbaden des Ärztinnenbundes

05.05.06 Veranstaltung in Karlsruhe „Zwischen käuflicher Liebe und moderner Sklaverei -die Entmenschlchung der Sexualität in unserer Gesellschaft“

Podiumsdiskussion mit:

- Prof. Dr. Adolf Gallwitz, Kriminalpsychologe an der Polizeifachschule Villingen-Schwenningen,
- Ingrid Reuntemann, Projektleiterin Netzwerk gegen Zwangsprostitution in Dreiländereck
- Pfr. Ehrbacher, Diakonie-Beauftragter, Mitinitiator der website: www.frauenheld-sein.de
- Margarete Schick-Häberle, grüne Kommunalpolitikerin, Sozialarbeiterin,
- sowie der Prostituierten und Domina Christin;

Einführungsreferat und Moderation: Ulrike Maier, LAG-Sprecherin

Weitere Schwerpunktthemen der LAG Frauen:

Frauenreferentin: Auf Landesebene ist die Finanzlage von Bündnis 90/Die Grünen in Ba-Wü immer noch äußerst prekär, denn bundesweit gehört der Landesverband zu den finanziell am schlechtesten ausgestatteten überhaupt. Dies liegt u.a. auch an der Abweichung vom sonst bundesweit geltenden Wahlrecht, das keine Landesliste vorsieht. Die Landtagsabgeordneten geben ihre finanziellen Zuwendungen an ihre Kreisverbände, die für ihre Nominierung zu-ständig sind. Die Landespartei finanziert sich daher hauptsächlich aus den monatliche Mitgliedsbeiträgen, oder auch aus den Zuwendungen der Bundestagsabgeordneten und den Wahlkampfkostenrückerstattungen für die Landtags-, Bundestags- u. Europawahlen. Von diesen Einnahmen werden folgende Gehälter gezahlt:

- ❖ des Geschäftsführenden Landesvorstandes (je ½ Stelle für die/den Vorsitzenden und für den Schatzmeister)

❖ des Personals der chronisch unterbesetzten Geschäftsstelle.

Die Koordinationsgruppe der LAG Frauenpolitik besteht derzeit nicht auf der Einstellung einer Frauenreferentin, weil keine kontinuierliche Finanzierungsmöglichkeit gegeben ist. Sollte sich an dieser Situation im positiven Sinne etwas ändern, wird das erneut diskutiert.

Barbara Ganzenmüller, Sprecherin der LAG Frauenpolitik, ist daher, mit Unterstützung der KO-Gruppe Frauenpolitik, weiterhin ehrenamtlich für d. Arbeit innerhalb d. Partei zuständig.

BAG-Statut und BAG-Delegierungen

Gemäß Entscheidung des Bundesfinanzrates gehen ab 01.01.2005 die Kostenerstattungen für die BAG-Delegierten auf die jeweiligen Landesverbände über. Vom Bundesverband werden nur noch die Kosten für die SprecherInnen und zwei StellvertreterInnen erstattet. In Ausführung der Entscheidung des Bundesverbandes hat der Landesverband von BaWü diese Regelung modifiziert und verfügt, dass ab 01.01.2005 ein/eine DelegierteR sowie ein/eine ErsatzdelegierteR zu den BAGen neu zu wählen sind, der/die dann einen Anspruch auf Kostenerstattung hat. Oder anders formuliert: Zwei Delegierte können durchaus fahren, aber die Erstattung der Kosten müssen sie sich hälftig teilen bzw. der Partei die jeweils andere Hälfte spenden". Über den Umweg mit der Steuererklärung wird ihnen dann ein Teil der Kosten „rückerstattet“.

Der Hinweis der KO-Gruppe Frauenpolitik, diese Regelung unterlaufe das BAG-Statut, wurde quittiert mit der Bemerkung, es könne ja der Klageweg beschritten werden. Das BAG-Statut verpflichte die Landesverbände nicht, pro BAG zwei Delegierte zu entsenden. Wie bei den Delegierungen aus Kreisverbänden zu Parteitag, sei die Zahl der Delegierten nur nach oben begrenzt.

Auf der nächsten LAG-Sitzung (Anfang Mai) werden wir uns mit dem Thema BAG-Delegierung auseinandersetzen. Danach wollen wir auf der LDK im Juni in Rottweil einen entsprechenden Antrag einbringen, der die Entscheidung des Landesverbandes revidieren soll.

„Vätergrün“

Auf der LDK 2003 in Ehingen schlossen sich einige bündnisgrüne Männer zu einer privaten Initiative, die sich mit bündnisgrüner Familienpolitik aus der Sicht von Vätern auseinander -setzt, zusammen. Wortführer war und ist ein grüner Kreisvorsitzender und geschiedener Vater von drei Kindern aus Ettlingen, der aus seinem privaten Dilemma heraus diese Initiative ins Leben gerufen und nunmehr Unterstützung durch den GLV gefunden hat. Die beiden Landesvorsitzenden haben auf der letzten Sitzung gegenüber der KO-Gruppe die Vorstellung vertreten, diese „Vätergrün“-Idee als Untergruppe bei der LAG-FrauenPolitik „anzudocken“. Weiter sollten wir Basis-Frauen das „Projekt Vätergrün“ – so nennt es der die Schirmherrschaft übernehmende Landesvorsitzende – inhaltlich unterstützen oder wenigstens lektoriend begleiten. Wir Basisfrauen haben das inzwischen kategorisch abgelehnt.

Angedacht ist, dass die Forderungen dieses „Väter-/Männer-Projektes“ in die bündnisgrüne Familienpolitik und damit 2006 in das Landeswahlprogramm Eingang finden sollen. Ferner sollen diese Forderungen im nächsten Bundeswahlprogramm (wahrscheinlich auf der BDK in Kempten als Tagesordnungspunkt?) ihren politischen Niederschlag finden.

Carola Blume-Kullmann

Atomausstieg: Unterschriftenaktion

Bis zum 1. Oktober noch läuft das erste Volksbegehren in der EU: Bis dahin sollen 1 Million Unterschriften gegen Atomkraft und EURATOM gesammelt werden, in Vorwegnahme eines entsprechenden Passus in der noch umstrittenen EU-Verfassung zu Volksbegehren.

Folgende NGO's veranstalten die Aktion: atomstopp, Friends of the Earth Europe, GLOBAL 2000, Sortir du Nucleaire, WISE, Women for Peace.

In der Petition wird gefordert:

- * den Neubau von Atomanlagen in Europa zu stoppen,
- * ein Exitplan von jedem Staat der EU aus der Atomenergie
- * Investitionen für erneuerbare Energien und Verbesserung der Effizienz
- * Auslaufen von EURATOM

Die Kampagne findet Ihr unter: www.million-against-nuclear.net Dort kann man online unterschreiben. Mehr als 290.000 Unterschriften wurden bereits gesammelt.

Cem Özdemir in SPIEGEL ONLINE - 31. März 2006

Vergesst Multikulti, es lebe die Integration !

Der Diskussionsverlauf um die Gewaltextzesse an der Rütli-Schule ist absehbar: Die Konservativen erklären Multikulti für gescheitert, die Linken werden mehr Sozialarbeiter fordern. Wie wäre es zur Abwechslung mal mit vernünftiger Politik, fragt der grüne Europaabgeordnete Cem Özdemir.

War es nicht geradezu absehbar, wie die Debatte um den Hilfeschei der Rütli-Hauptschule laufen wird? Die Grünen fordern kleinere Klassen, eine bessere Ausbildung der Pädagogen und mehr Geld für Schulsozialarbeit - die Roten dürfen ja nicht, da sie in Berlin regieren und nichts zu verteilen haben. Und konservative Politiker stimmen einmal mehr den Abgesang auf die multikulturelle Gesellschaft an - was im konkreten Fall den Lehrern an der Schule sicher sehr viel helfen wird - und werfen Migranten mangelnde Integrationsbereitschaft vor.

Außenstehende Beobachter der deutschen Debatte um das angebliche Ende des "multikulturellen Traumes" und der "Wattebausch-Integration" könnten den Eindruck gewinnen, die Abkommen zur Anwerbung von Gastarbeitern in den fünfziger und sechziger Jahren seien von Claudia Roth unterzeichnet worden, der Bundeskanzler habe bis 1998 Joschka Fischer geheißt - ganz zu schweigen von all den grünen Ministerpräsidenten und Bildungsministern. Dabei haben doch vor allem die beiden Volksparteien die Folgen einer gescheiterten Bildungspolitik zu verantworten. Gerade die Union hat sich viel zu lange der Einwanderungsrealität im Land und an den Schulen verweigert und war deshalb nicht in der Lage, die bildungspolitischen Konsequenzen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft zu ziehen.

Eine multikulturelle Gesellschaft beziehungsweise vielmehr die Karikatur derselben, die gleichbedeutend ist mit einem Nebeneinander ohne Regeln und Grenzen - kein vernünftiger Mensch, ob nun Grün oder Schwarz, kann dies tatsächlich wollen. Auf der anderen Seite führen Kinder mit einem schwierigen sozio-ökonomischen Hintergrund nicht an jeder Schule gleich zu Mord und Totschlag, wofür es ebenfalls genügend positive Beispiele gibt. Auch hier gibt es Möglichkeiten für eine gerechtere Bildungspolitik, sei es ein vernünftiger Klassenteiler oder muttersprachlich und pädagogisch hervorragend ausgebildetes Personal und Lehrer, die auf die spezifischen Probleme und Fähigkeiten der Kinder eingehen können. Auch "schwierige" Kinder und Jugendliche verfügen über Fähigkeiten und Talente, die mit entsprechendem Einsatz erkannt und gefördert werden können. Jeder Pädagoge weiß das, aber offensichtlich nicht jeder Bildungspolitiker.

Der Fehler liegt nicht bei den Kindern, der Fehler liegt im System. Es ist wie beim 100-Meter-Lauf. Alles erscheint zunächst ganz fair, alle müssen dieselbe Strecke bewältigen. Nur ein kleines Detail stimmt nicht: Die einen haben ein Bein, die anderen eben zwei. Dies ist in etwa die Beschreibung des deutschen Grundschulsystems mitsamt der Trennung der Kinder in drei "weiterführende" Schulen. Wenn wir eine substantielle Änderung unserer Bildungspolitik und unseres Schulsystems erreichen wollen, und es steht spätestens seit der Pisa-Studie außer Frage, dass dies notwendig ist, dann darf es dabei keinerlei Tabus und Denkverbote geben. Die Hauptschule und das dreigliedrige Schulsystem sind ein Überbleibsel aus einer Zeit, in der Kinder auch beruflich noch in die Fußstapfen ihrer Eltern treten sollten. Heute ist es so, dass Kinder von Akademikern und Beamten vor allem die Realschule oder das Gymnasium besuchen - Kindern von Arbeitern und Arbeitslosen ist die Haupt- oder gar Sonderschule vorbehalten.

Wer nicht bereit ist, über die frühe Trennung unserer Kinder nach der Grundschule entlang der Herkunft und Berufe ihrer Eltern zu diskutieren und wer für Ganztagschulen kein Geld anfassen möchte, wer über Kindergärten und Kindertagesstätten mit einem umfassenden Angebot und an Hochschulen geschultem Personal nicht reden möchte, der sollte sich vielleicht doch besser mit Landwirtschaftspolitik beschäftigen.

Es ist Fakt: Bundesweit gilt, dass Kinder aus der Oberschicht eine viermal so hohe Chance besitzen, ein Gymnasium zu besuchen wie Kinder aus einem Arbeiterhaushalt - obwohl letztere über die gleichen Fähigkeiten in Mathematik und beim Textverständnis verfügen. Und es gibt weitere Beispiele für diese Form der institutionellen Diskriminierung im deutschen Schulsystem, von der im Übrigen nicht nur Migrantenkinder, sondern auch Kinder aus deutschen Arbeiterfamilien betroffen sind. Dabei wird auch vergessen, dass Integration und Sozialisation eben nicht nur in der eigenen Familie und in der Schule stattfinden, sondern auch im Wohnzimmer einer deutschen Mittelschichtfamilie, deren wohlbehütete Kinder befreundet sind mit türkischen oder italienischen Kindern, die einen weniger verheißungsvollen familiären Hintergrund haben. Solche Freundschaften können im hochselektiven deutschen Schulsystem erst gar nicht entstehen, schon gar nicht in einem urbanen Umfeld.

Wir müssen ernsthaft erwägen, den Besuch des Kindergartens, worauf jedes Kind ab drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch hat, verpflichtend zu machen. Schließlich lehrt uns Pisa, wie wichtig bereits die Zeit vor dem Schuleintritt für den weiteren Bildungserfolg ist. Wenn der Besuch der Schule Pflicht ist, dann sollte dies auch für die heute mindestens ebenso bedeutende Phase davor gelten. Aber mit einer Pflicht ist es nicht getan - es braucht auch exzellent ausgebildete und motivierte Pädagogen. Das alles kostet Geld, wird es heißen.

Aber wenn Deutschland nicht bereit ist, wesentlich mehr in sein wichtigstes Gut zu investieren - das sind heute die Köpfe, nicht die Muskeln -, dann können wir jede Debatte über Bildungspolitik und Integration beenden. Die fehlende Bereitschaft, alles zu unternehmen, um unser Bildungssystem und unsere Bildungspolitik effizienter und damit auch gerechter zu gestalten, spiegelt sich im Übrigen auch in der fehlenden Wertschätzung des Berufs des Erziehers und Lehrers. Die besonders guten und talentierten Abiturienten dürften sich wohl eher für Jura oder BWL entscheiden und seltener für ein Lehramtsstudium.

Wer über soziale Gerechtigkeit spricht, der sollte allerdings den Schwerpunkt auch richtig setzen. So können Studenten sozial abgefederte Gebühren sicher eher zugemutet werden, als Eltern aus unteren Schichten, deren Kinder Vorschuleinrichtungen besuchen beziehungsweise besuchen sollen. Schließlich findet die eigentliche soziale Selektion weit vor dem Studium statt. Jedenfalls ist es kaum nachvollziehbar, dass eine Institution wie die vorschulische Bildung, die letztlich so elementar für die Zukunft unserer Kinder und damit für unsere Gesellschaft ist, nicht aus allgemeinen Steuermitteln getragen werden sollte. Hierzulande wird viel über die demographische Alterung und ihre möglichen Folgen debattiert - vorausschauende bildungspolitische Maßnahmen für die bereits geborenen Kinder bleiben dabei außen vor.

Dies ist aber auch die Gelegenheit für Migrantenorganisationen, sich einzubringen. Wer Respekt für die Muttersprache, für die eigene Religion und Kultur einfordert, der muss auch mithelfen, jene Eltern zu erreichen, die Verantwortung gegenüber ihren Kindern und auch den nötigen Respekt gegenüber den pädagogischen Einrichtungen und seinem Personal vermissen lassen. Kinder, deren Kindheit sich irgendwo zwischen Fernseher und prügelnden Vätern abspielt, sind Opfer, die in der Schule selbst zu Tätern werden.

Der Teufelskreislauf der Gewalt muss deshalb durchbrochen werden. Dazu müssen unsere Bildungseinrichtungen aber auch in der Lage sein, im Ernstfall, am besten in Ganztagschulen, auch "gegen" die Eltern und manche archaischen Werte zu erziehen. Der Erziehungsauftrag im demokratischen Rechtsstaat beinhaltet auch Erziehung zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung, Gleichberechtigung von Mann und Frau, sowie Respekt vor anderen Religionen und Kulturen.

Allerdings stellt die Situation auf dem Arbeitsmarkt jede Integrationspolitik vor große Hürden. Wir können viel über eine "kultursensible" Integrationspolitik debattieren - Integration für (junge) Erwachsene findet nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt statt. Jedenfalls müssen wir uns fragen, warum Einwanderer etwa in den USA den sozialen Aufstieg schneller schaffen als im deutschen Sozialstaat. Wenn Eltern keinen Arbeitsplatz finden, wenn der inter-generationale Aufstieg nicht erfolgt, wenn die nächste Generation keine realistische Chance hat, ein Gymnasium und die Hochschule zu besuchen, läuft alles schief. Nicht Kultur ist das Zauberwort für eine gelingende Integration - sondern Arbeit und Bildung.

Buchempfehlung: von Anette Dirschnabel

Necla Kelek, eine 1957 in Istanbul geborenen Soziologin. porträtiert türkisch-deutsche Väter, Söhne und Brüder. Titel »**Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes**« (Kiepenheuer & Witsch, Köln 224 S., 18,90 Euro)

Auszüge:

Wir dürfen die Migranten, ihr Verhältnis zu ihren Söhnen und Töchtern, ihre Einstellung zu Glauben und Religion, zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht länger unter Naturschutz stellen. Migranten sind nicht per se »Opfer«. Mit ihnen auf gleicher Augenhöhe zu verkehren heißt, sich überall dort einzumischen, wo sie den »Geist der Gesetze« dieser Republik verletzen, aber auch jede vormundschaftliche Politik aufzugeben, die sie zu Mündeln degradiert. Niemand kann ihnen die Verantwortung für ihr eigenes Leben abnehmen. Wir müssen alles tun, um sie vor der Willkür, besonders auch der ihrer eigenen Väter, zu schützen, aber wir sollten aufhören, sie als Bedürftige zu sehen. Wir müssen sie anspornen und fördern, aber wir müssen auch etwas von ihnen fordern.

Sie plädiert für klare Regeln statt die Integrationspolitik weiterhin dem Zufall zu überlassen

- Jedes Kind muss vor Gewalt geschützt werden.

- Gewalt, Rassismus, diskriminierendes Verhalten werden nicht geduldet

- Die Schule ist generell als deutscher Sprach- und Kulturraum zu begreifen

- Jede Frau, jeder Mann muss das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob sie oder er heiraten will, wann und wen.

- Der organisierte Islam hat eine besondere Verantwortung für die Integration. Auch an ihn sind Forderungen zu richten

Niemand hat den »verlorenen Söhnen« beigebracht, Fragen zu stellen, an Autoritäten zu zweifeln; niemand hat sie gelehrt, sich fremden Einflüssen zu öffnen, die Welt mit den Augen der anderen zu sehen. Sie bleiben Fremde in einem fremden Land, eingeschlossen in eine versiegelte Welt.

Dieses Buch hat mir geholfen Handlungen besser zu verstehen, die ich trotzdem nie ganz verstehen und auch nie akzeptieren werde.

Anette und DIE ZEIT, 9.3.2006 Nr.11

Auszug aus dem Protokoll vom 30.03.2006 Hauptversammlung, Beitrag von Didi

Unsere Satzungsänderungen im Überblick:

Neuer § 13 - Transparenzgebot

Dem Antrag von Michael Körner zur ersatzlosen Streichung des Transparenzgebotes wird zugestimmt mit 18 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen. Damit entfällt der § 13.

§ 7 – neue Ziffer 1 Kreisvorstand

Dem Antrag von Jörg Rupp und Dietlinde Bader auf paritätische Besetzung des Kreisvorstandes wird einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag von Gisela Holzwarth, die Ergänzung „bis zu“ einzufügen, (Der Kreisvorstand besteht aus bis zu sechs Personen ... und bis zu drei weiteren Mitgliedern) wird einstimmig zugestimmt.

§ 7 - neue Ziffer 5 Mitgliederöffentliche Vorstandssitzungen

Die Sitzungen des Kreisvorstandes finden mitgliederöffentlich statt.

Abstimmung: 21 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

§ 8 Kreisausschuss

Das Gremium Kreisausschuss, das testweise für 4 Jahre mehr oder weniger gelaufen ist und dessen Sitzungen zwischen den einzelnen Kreismitgliederversammlungen durchgeführt wurden, wurde knapp mit 5 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen endgültig abgelehnt.

Damit entfällt der § 8 und die nachfolgenden Paragraphen rücken vor.

§ 10 Delegiertenwahl (Ersatzdelegierte) wird zu § 9

§ 9 neue Ziffer 3

Delegierte und Ersatzdelegierte zur LAG Frauen werden im Rhythmus der Wahlen zum Kreisvorstand, spätestens alle 2 Jahre, gewählt.

§ 9, neue Ziffer 4

Der Wahl eines/r Ersatzdelegierten, die /der Delegierte/n des KV für den Zeitraum von einem Jahr auf LDKs, BDKs und Landesausschuss vertritt, falls die gewählten Delegierten ihr Amt nicht wahrnehmen können.

Dem § 9 (vormals § 10) wird mit 4 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen und 15 Ja-Stimmen zugestimmt

SATZUNG Bündnis 90/Die Grünen KV Ettlingen

§ 1 Gebiet

(1) Die Organisation ist Kreisverband der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Baden-Württemberg. Der Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf die Gemeinden Ettlingen, Karlsbad, Waldbronn, Marxzell, Malsch, Rheinstetten.

(2) Die Satzung des Landesverbandes Baden-Württemberg, einschließlich Frauenstatut und Beitrags - und Kassenordnung sowie die Landesschiedsordnung des Landesverbandes sind Bestandteil dieser Satzung und ihre Bestimmungen finden, soweit durch diese Kreissatzung nicht anders geregelt, sinngemäß Anwendung.

§ 2 Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft wird schriftlich beim Vorstand des Kreisverbandes beantragt.

(2) Über die Aufnahme eines neuen Mitglieds entscheidet der Kreisvorstand. Das neue Mitglied gilt als aufgenommen, sofern der Kreisvorstand nicht mit Frist von 30 Kalendertagen nach Eingang des Aufnahmeantrages die Aufnahme ausdrücklich ablehnt. Die Mitgliedschaft beginnt mit allen Rechten und Pflichten nach Ablauf der 30 Kalendertage.

§ 3 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Streichung, Ausschluss oder Tod.

(2) Der Austritt kann jederzeit gegenüber dem Kreisvorstand schriftlich erklärt werden. Er ist sofort wirksam.

(3) Streichung der Mitgliedschaft kann durch den Kreisvorstand erfolgen, wenn das Mitglied nach mindestens viermonatigem Beitragsrückstand trotz zweifacher Mahnung mit Fristsetzung und Hinweis auf die mögliche Streichung den fälligen Betrag nicht zahlt. Die Streichung eines Mitglieds wegen Beitragsrückstand kann nur dann erfolgen, wenn das Mitglied den Kreisvorstand nicht um Stundung der Beitragszahlung oder um eine Beitragsermäßigung in schriftlicher oder mündlicher Form zur Niederschrift und unter Angabe der Gründe ersucht hat. Gegen die Streichung ist die Anrufung der Schiedskommission (Landesschiedskommission) möglich, die endgültig entscheidet.

(4) Der Ausschluss kann erfolgen, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Satzung oder Ordnung der Partei verstoßen und ihr damit schweren Schaden zugefügt hat. Er kann nur auf Antrag des Kreisvorstandes oder der Kreismitgliederversammlung ausgesprochen werden.

§ 4 Ortsverbände

(1) Ein Ortsverband kann mit mindestens sieben Mitgliedern gegründet werden. Über Gründung und räumliche Abgrenzung der Ortsverbände entscheidet der Kreisvorstand.

(2) Die Ortsverbände unterliegen den Bestimmungen der Satzung des Landes- und des Kreisverbandes.

§ 5 Organe

Organe des Kreisverbandes sind die Kreismitgliederversammlung und der Kreisvorstand.

§ 6 Kreismitgliederversammlung

(1) Die Kreismitgliederversammlung ist das oberste Organ des Kreisverbandes. Sie besteht aus den Mitgliedern des Kreisverbandes. Die Mitgliederversammlung ist bei Anwesenheit von mindestens 7 Mitgliedern beschlussfähig. Alle Mitglieder haben Antrags- und Stimmrecht.

(2) Die Kreismitgliederversammlung muss mindestens zweimal im Kalenderjahr einberufen werden. Auf Verlangen von mehr als 15% der Mitglieder muss eine außerordentliche Kreismitgliederversammlung einberufen werden.

(3) Die Kreismitgliederversammlung wird durch den Kreisvorstand schriftlich unter Angabe der zur Beratung anstehenden Gegenstände einberufen. Die Einberufungsfrist beträgt im Allgemeinen 14 Kalendertage (Poststempel). Sind Satzungsänderungen Gegenstand der Kreismitgliederversammlung beträgt die Einberufungsfrist 28 Kalendertage (Poststempel). Auf Beschluss des Kreisvorstandes kann die Einberufungsfrist in dringenden Angelegenheiten, die nicht Satzungsänderungen zum Gegenstand haben, verkürzt werden. Die Kreismitgliederversammlung ist nur beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde.

(4) Die Kreismitgliederversammlung wählt in geheimer Wahl den Kreisvorstand, die Delegierten zur Bundesdelegiertenkonferenz, zur Landesdelegiertenkonferenz und zum Landesausschuss sowie die RechnungsprüferInnen.

(5) Die Kreismitgliederversammlung beschließt über die Kreissatzung mit 2/3 der abgegebenen Stimmen. Über politische Anträge, Entschließungen und den Kreisverband betreffende Programme, den Haushalt, die Beitragsordnung sowie andere den Kreisverband betreffende Angelegenheiten beschließt die Kreismitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Kreismitgliederversammlung nimmt jährlich den Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes entgegen und fasst über ihn Beschluss. Die Beschlüsse sind zu protokollieren.

(6) Die Mehrheit der Frauen einer Versammlung hat ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung. Eine von den Frauen abgelehnte Vorlage kann erst auf der nächsten Versammlung erneut eingebracht werden. Das Vetorecht kann pro Beschlussvorlage nur einmal wahrgenommen werden. (Bundesfrauenstatut, verabschiedet auf der BDK in Köln, 5.11.94).

(7) Auf Antrag eines Viertels der Ortsverbände oder 15% der Mitglieder ist eine Urabstimmung durchzuführen.

§ 7 Kreisvorstand

- (1) Der Kreisvorstand besteht aus höchstens sechs Personen. Er besteht aus drei Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes und bis zu drei weiteren Mitgliedern. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus zwei gleichberechtigten Kreisvorsitzenden, hiervon mindestens einer Frau und der/dem KreiskassiererIn.
- (2) Die Vorstandsmitglieder werden in geheimer Wahl, entsprechend dem Frauenstatut des Landesverbandes in zwei Wahlgängen, der/die KreiskassiererIn in einem getrennten Wahlgang für zwei Jahre gewählt. Die Stimmenzahl für jeden Stimmberechtigten beträgt maximal 2/3 der Zahl der zu wählenden Vorstandsmitglieder (Minderheitenschutz). Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. Im zweiten Wahlgang entscheidet die einfache Mehrheit, mit einem Quorum von 20 % der abgegebenen Stimmen.
- (3) Der Kreisvorstand leitet den Kreisverband und führt dessen Geschäfte nach Gesetz und Satzung, sowie den Beschlüssen der Kreismitgliederversammlung. Der Kreisvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung und regelt die Geschäftsverteilung nach eigenem Ermessen. Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Kreisverband gem. § 26 BGB nach außen. Die Beschlüsse des Kreisvorstands sind zu protokollieren.
- (4) Ein Mitglied des Kreisvorstands kann nach vorheriger Aussprache mit 2/3 Mehrheit der Kreismitgliederversammlung in geheimer Abstimmung vor dem Ende der Wahlperiode abgewählt werden.
- (5) Die Sitzungen des Kreisvorstandes finden mitgliederöffentlich statt.

§ 8 Wahlbündnisse, öffentliche Wahlen, Frauenstatut

- (1) Ortsverbände sind berechtigt, zu Kommunalwahlen nach Anhörung des Kreisvorstandes Wahlbündnisse unter eigenem Listennamen einzugehen. Wahlbündnisse bedürfen der Zustimmung einer Mitgliederversammlung des Gebietsverbandes.
- (2) Die BewerberInnen zu öffentlichen Wahlen werden durch die jeweilige Wahlkreisversammlung in geheimer Wahl nach den Bestimmungen des betreffenden Wahlgesetzes gewählt.
- (3) Wahllisten sind grundsätzlich alternierend mit Frauen und Männern zu besetzen, wobei den Frauen die ungeraden Plätze zur Verfügung stehen (Mindestparität). Frauen können auch auf den geraden Plätzen kandidieren. Reine Frauenlisten sind möglich. Sollte keine Frau für einen Frauen zustehenden Platz kandidieren bzw. gewählt werden, entscheidet die Wahlversammlung über das weitere Verfahren. Die Frauen der Wahlversammlung haben diesbezüglich ein Vetorecht. (Bundesfrauenstatut, verabschiedet auf der BDK in Köln, 5.11.94)

§ 9 Delegiertenwahl

- (1) Delegierte zu Landesdelegiertenversammlungen und Landesausschuss werden pro Sitzung der Landesdelegiertenversammlung und Landesausschuss gewählt.
- (2) Delegierte zu Bundesdelegiertenversammlungen werden pro Bundesdelegiertenversammlung und Landesausschuss gewählt.
- (3) Delegierte und Ersatzdelegierte zur LAG Frauen werden im Rhythmus der Wahlen zum Kreisvorstand, spätestens alle zwei Jahre, gewählt.
- (4) Die KMV wählt einmal im Jahr eine/n Ersatzdelegierte/n zu LDK, LA und BDK, der als Delegierter den KV vertritt, sollte eine rechtzeitige Wahl des Delegierten aufgrund einer zu kurzen Einladungsfrist nicht oder nur schwer möglich sein. Über die Modalitäten entscheidet der Kreisvorstand mit absoluter Mehrheit und berichtet darüber in der darauf folgenden KMV.
- (5) Um den Minderheitenschutz zu gewährleisten, beträgt die Stimmenzahl für jeden Stimmberechtigten maximal 2/3 der Zahl der zu wählenden Delegierten. Diese Regelung entfällt, wenn der Kreisverband weniger als drei Delegierte hat.

§ 11 Kreiskasse

- (1) Der/die KreiskassiererIn führt die Kasse des Kreisverbandes.
- (2) Der/die KreiskassiererIn gewährleistet für den Geschäftsbereich des Kreisverbandes die Einhaltung der Bestimmungen des 5. Abschnitts des Parteiengesetzes.
- (3) Werden Teile der Geschäfte der Kreiskasse an Ortskassen übertragen, führt der/die KreiskassiererIn die Aufsicht. Die Ortskasse ist gegenüber dem/ der KreiskassiererIn abrechnungspflichtig. Alle Belege sind zum Jahresende der Kreiskasse zu übergeben. Zuschüsse oder Umlagen von und an die Ortskasse werden durch Beschluss der Kreismitgliederversammlung im Rahmen der Beschlussfassung über den Haushalt geregelt.
- (4) Mitgliedsbeiträge sind an die Kreiskasse zu entrichten. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge regelt eine Beitragsordnung.
- (5) Der Kreisverband erstattet Mitgliedern Aufwendungen für Tätigkeiten im Auftrag der Partei im Rahmen der Erstattungsordnung des Landesverbandes.
- (6) Die Kreismitgliederversammlung wählt zwei Rechnungsprüferinnen für die Dauer von zwei Jahren.

§12 Wirksamkeit

Die Satzung tritt am 18. Juli 2002 in Kraft.

Änderungen der Satzung treten am Tag ihrer Verabschiedung durch die Kreismitgliederversammlung in Kraft.

Letzte Änderung am 30.03.2006

Kontaktadressen:**Kreisvorstand:****(Sitzung: 1 Stunde vor jeder KVM bzw. KA)****Dietlinde Bader, Vorsitzende**Lange Straße 77, 76307 Karlsbad
☎ 07248-932783, info@didi-sign.de**Michael Körner, Vorsitzender**Lilienstr.8, 76287 Rheinstetten
☎ 07242-700597, hmkorner@yahoo.de**Gisela Holzwarth, Kreiskassiererin**Dr. Eugen-Essig-Str. 18, 76316 Malsch
☎ 07246 - 943949
holzwarth-malsch@t-online.de**Ute Drechsel**76287 Rheinstetten
Eichenweg 6
Handy: 0173-3151836
gruenes.u.drechsel@arcor.de**Uwe Flüß, Spessart**Waschbachweg 11, 76275 Ettlingen
☎ 07243-527863, uwe.k.fluess@surfeu.de**Regionalbüro Mittlerer Oberrhein****Bürozeiten:****Leiterin des Regionalbüros: Ute Leidig****Montag 9:00 - 12:00 Uhr****Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe****☎ 0 72 1/203 12 32****gruenesbueroeka@t-online.de****für den KV Ettlingen im Kreistag:****Fridhild Waidner**Otto-Wörner-Str. 17d, 76287 Rheinstetten
☎ 07242-867, fridhild.waidner@inka.de**Karl-Heinz Görig, (BfU Malsch)**(Unser Vertreter im Regionalverband)
Sézanner Str.8, 76316 Malsch
☎ 07246-6570**Dr. Karl Mittag, Fraktionssprecher (OV Stutensee)**

☎ 07249-7230

für uns im Regionalverband:**Karl-Heinz Görig, (BfU Malsch)**

Sézanner Str.8, 76316 Malsch

Ortsvorstände Ettlingen:**Uwe Flüß, Vorsitzender & Sprecher
Waschbachweg 11, 76275 Ettlingen**☎ 07243-527863, uwe.k.fluess@surfeu.de**Carola Blume-Kullmann, Beisitzerin****Feldbergweg 2, 76275 Ettlingen**
☎ 07243-4208, carkull@web.de**Peter Krantz-Schneider
(zurückgetreten)**Fischweg 4, 76275 Ettlingen
gruene.infos.fuer.olly@web.de**Michael Pollich**Adenauer Str. 61, 76275 Ettlingen
☎ 07243-332013, mb.pollich@t-online.de**Rainer Hasenbeck**Lüderstr. 1, 76275 Ettlingen
☎ 07243-31962,
RainerHasenbeck@aol.com**Arja Landsmeer**Fischweg 1, 76275 Ettlingen – Bruchhausen
☎ 07243-91410**Gemeinderäte Ettlingen:****Barbara Saebel, Fraktionsvorsitzende**Hasenberg 1a, 76275 Ettlingen
☎ 07243-31652, b.saebel@tiscalinet.de**Hermann Siess**Steigenhohlstr. 8, 76275 Ettlingen
☎ 07243-31652, fam.suess@gmx.de**Vera Seifried-Biedermann**Hans-Sachs-Str. 8, 76275 Ettlingen
☎ 07243-15096**Ortschaftsräte****Monika Gattner, Oberweiler**Im Roth 6, 76275 Ettlingen
☎ 07243-98385, rudolfgattner@aol.com**Uwe Flüß, Spessart**Waschbachweg 11, 76275 Ettlingen
☎ 07243-527863, uwe.k.fluess@surfeu.de**Ortsvorstände Rheinstetten:****Michael Körner**Lilienstr.8, 76287 Rheinstetten
☎ 07242-700597, hmkorner@yahoo.de**Fridhild Waidner**Otto-Wörner-Str. 17d, 76287 Rheinstetten
☎ 07242-867, fridhild.waidner@inka.de**Uwe Seckinger**Am Werren 10, 76287 Rheinstetten
☎ 07242 – 4057**Gemeinderäte Rheinstetten****Julia Kühn**K.-Adenauer-Str. 58, 76287 Rheinstetten
☎ 0721/518729, julia_kuehn@gmx.net**Manfred Rihm**Römerstr. 51, 76287 Rheinstetten -Mö.
☎ 07242/952155, info@rihm-oekologo.de**Gerd Waidner (auch Ortschaftsrat)**Otto-Wörner-Str. 17d, 76287 Rheinstetten
☎ 07242/867, gerd.waidner@inka.de**Ortsvorstände Karlsbad/Waldbronn/Marzell:****Dietlinde Bader, Vorsitzende und
Schriftführerin**Lange Straße 77, 76307 Karlsbad
☎ 07248-932783, info@didi-sign.de**Thomas Krüger, Vorsitzender**Luisenstr. 85, 76 137 Karlsruhe
☎ 0721 / 37 90 78, tho.krueger@t-online.de**Evelyn Möller, Beisitzerin**Brunnenstr. 18b, 76359 Marzell
☎ -932116, evelinmoeller@t-online.de**Peter Buss, Beisitzer**Kiefernweg 1 76337 Waldbronn-Bu.
☎ 0 72 43 - 69 56 3**Peter Buss**Kiefernweg1, 76337 Waldbronn
☎ 07243/69563**Gemeinderäte Waldbronn****Beate Maier-Vogel**Pforzheimer Str. 28, 76337 Waldbronn
☎ 07243-69247, beate.maier-vogel@web.de**Gerhard Knobloch**Im Reh 1a, 76337 Waldbronn
☎ 07243-61501, fam.knobloch@t-online.de**Gemeinderäte Karlsbad****Uwe Rohrer**Wilferdinger Str. 50/1, 76307 Karlsbad
☎ 07243-6323, uweconeli@t-online.de**Heike Günther (auch Ortschaftsrätin)**Mozartstr.110, 76307 Karlsbad-L'steinbach
☎ 07202/2204**Dorothea Badewin-Oehler**

Lerchenweg 5, 76307 Karlsbad -Auerbach

Kathrin Schroth

Durlacher Str. 3, 76307 Karlsbad-M'bach

Ortsvorstände Malsch**Günter Webler, Vorsitzender**Alte Ziegelei 11, 76316 Malsch
☎ 07246-7490, gwebler@gmx.de**Anette Dirschnabel, Beisitzerin**Hansjakobstr. 29, 76316 Malsch
☎ 07246-1036, anette25@gmx.net**Gemeinderäte Malsch****Anette Dirschnabel**Hansjakobstr. 29, 76316 Malsch
☎ 07246-1036, anette25@gmx.net**Karl-Heinz Görig, (BfU Malsch)**(Unser Vertreter im Regionalverband)
Sézanner Str.8, 76316 Malsch
☎ 07246/6570**Heinz Kastner,**Fraktionsvorsitzender (BfU Malsch)
Friedrichstraße 32a , 76316 Malsch,
☎ 07246/6329**Dr. Matthias Kleine (BfU Malsch)**Frauenalber Straße 14,76316 Malsch-Vö.
☎ 07204/292

Unsere MdB:**Sylvia Kotting-Uhl****Bündnis 90/Die Grünen KV Karlsruhe
Wahlkreisbüro Sylvia Kotting-Uhl****Sophienstr. 58,
76133 Karlsruhe****Tel. 0721-20 31 233****Fax: 0721-20 31 234****wkbueru.sku@gmx.de**